

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld);  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Berücksichtigung  
für die dreispaltigen Petitzeile oder deren Raum 30 A.

# Den Unorganisierten, den Laien, Trägen und Wankelmütigen ist diese Nummer gewidmet.

### Zwanzigtausend neue Mitglieder!

Zwanzigtausend neue Mitglieder müssen wir in diesem Jahre gewinnen!

Mit dieser Forderung treten wir beim Beginn des neuen Baujahres vor die Kollegenschaft. Es ist eine Aufgabe bitter ernst: unser Verband muß in diesem Jahre alle verfügbaren agitatorischen Kräfte bis aufs Äußerste anspannen, um eine tüchtige Zahl neuer Mitglieder in seine Vereine einzureihen, um die Summe seiner Kraft und seines Einflusses mit den großen Anforderungen in Einklang zu bringen, die seiner in naher Zukunft harren.

Ueber das Wesen der Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, ist bereits viel gesprochen und geschrieben worden; wir können uns darum mit einer knappen Zusammenfassung begnügen. Als wir im vorigen Jahre mit den Unternehmern die großen Tarifverhandlungen führten, ließ sich ein Kampf nur dadurch vermeiden, daß wir von unsern Forderungen wichtige Stücke zurückstellten, daß wir insbesondere auf die geforderten angemessenen Lohnerhöhungen verzichteten und auch die auf Arbeitszeitverkürzung gerichteten Forderungen fallen ließen. Die Notwendigkeit einer solchen Haltung der Arbeiterorganisationen, die zunächst von manchem nicht erkannt wurde, trat schon im Laufe der nächstfolgenden Monate so klar hervor, daß sich schließlich auch die hartnäckigsten Tadler bekehrten. Immer mehr stellte sich heraus, wie schwer die gewaltige Krisis auch das Baugewerbe getroffen hatte, und wie gut es darum war, daß wir in den abgeschlossenen Tarifverträgen Dämme aufgerichtet hatten, an denen sich die Lust der Unternehmer zu Lohnkürzungen brechen mußte. Diese Dämme haben im allgemeinen standgehalten. Vereinzelt allerdings, wo sie — um im Bilde zu bleiben — nicht im festen Grunde einer starken Organisation der Arbeiter verankert waren, gaben sie nach, und Lohnkürzungen nach Willkür der Unternehmer und andre Verschlechterungen waren die Folgen.

So gut die Tarifverträge wirkten und wie hoch wir sie darum auch schätzen mögen — sie konnten doch nicht die Not von den Kollegen fernhalten. Neben der ungeheuren Arbeitslosigkeit sorgte die Steigerung aller Lebensmittelpreise dafür, daß die baugewerblichen Arbeiter ihres Lebens nicht froh wurden. Obwohl sich die Löhne in den meisten Teilen des Landes auf der in den guten Wirtschaftsjahren erreichten Höhe hielten, war doch eine Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten; denn die Kaufkraft des Geldes war gesunken. Unsere Bestrebungen, die gegenwärtige Kaufkraft des Geldes durch eine Steigerung der Löhne auszugleichen, hatten infolge der mißlichen Verhältnisse des Arbeitsmarktes nicht erfolgreich vertreten werden können.

Es ist darum nichts natürlicher und gerechtfertigter als der allgemeine Wunsch der Kollegenschaft, bei der nächsten Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für den größten Teil der Verbandsmitglieder also im Jahre 1910 — das nachzuholen, was im vorigen Jahre ungetan bleiben mußte. Wir betonen: nichts ist mehr gerechtfertigt; denn das müßte ja eine schwachmütige und frechtliche Arbeiterkraft sein, die nicht den brennenden Wunsch hätte, seine durch die Ungunst zunächst unabänderlicher Zustände aufgezwungene Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bei der nächsten Gelegenheit nach Gebühr auszugleichen. Diese be-

rechtigten Forderungen der Arbeiterschaft werden der kommenden Lohn- und Tarifbewegung ihr Gepräge geben. Daneben wird es sich dort, wo das Bedürfnis dahin geht und wo die Entwicklung des Gewerbes dafür reif ist, um die von uns stets mit großer Entschiedenheit vertretene alte Kulturforderung der Arbeiterschaft, um die Verkürzung der Arbeitszeit handeln.

Wie steht es nun um die Durchführung dieser selbstverständlichen Forderungen? Der nächstliegende Kalkül, die Lage des Wirtschaftsmarktes, läßt sich zurzeit noch nicht zweifelfrei prognostizieren. Unsere mehrfach vertretene Ansicht, daß sich die Wirtschaftskrise langsam nach oben reckt, wird durch manche Anzeichen bekräftigt, u. a. auch durch den großen Umfang der Lohnbewegungen im Baugewerbe, wovon die letzten Nummern des „Grundstein“ ein sehr anschauliches Bild geben. Es fehlt allerdings auch nicht an Anzeichen, die das Vertrauen auf eine nahe andauernde Gesundung erschüttern, und wenn die heutige Verbilligung der Kreditmittel auch für die nächste Zeit eine Belebung des Baumarcktes hoffen läßt, so ist man aber doch noch nicht sicher, ob diese Belebung anhalten und ob mit ihr eine Besserung der allgemeinen Lage verbunden sein wird. Darum muß man diese Frage vorerst offen lassen.

Was für die Beurteilung unserer Aussichten weiter von Wichtigkeit ist, ist die Organisation der Unternehmer. Nach ihrer Generalversammlung läßt sich ungefähr folgendes feststellen: Auch der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat der organisationszerstörenden Wirkung der Krise seinen Tribut zahlen müssen. In manchen Landesteilen hat sich das frühere feste Band gelockert. Manche Unternehmer haben teils der lästigen Beiträge wegen, teils aus Inruhmüdigkeit mit der ihnen noch zu arbeiterfreundlichen Tarifpolitik des Bundes die Organisation verlassen. Aber man darf das doch nicht überschätzen. Der Bundesvorstand ist sehr eifrig am Werke, die Organisation zu stärken. Das Kartellverhältnis mit den Tiefbauunternehmern soll den Herren vom Hochbau deren Solidarität im Kampffalle sichern. Durch die Begünstigungsverträge mit den Materiallieferanten strebt man wirtschaftliche Vorteile beim Materialeinkauf für die Mitglieder des Bundes an, die diese fester an den Bund fesseln sollen. Außerdem will man durch diese Verträge außenstehenden Unternehmern bei Lohnkämpfen das Material entziehen und überhaupt dadurch einen terroristischen Zwang auf jene Unternehmer ausüben. Das alles wird jedenfalls den Bund kräftiger machen. Die früheren Mißstimmungen, die in dem Bestreben ihren Ausdruck fanden, die Leitung des Bundes in die Hände der skrupellosen Scharfmacher aus dem Besten zu legen, sind anscheinend behoben, der im vorigen Jahre ausgetriebene Landesverband Württemberg trat wieder mit; man muß also schon damit rechnen, daß der Bund im nächsten Jahre keineswegs schwächer sein wird als er es im vorigen Jahre war.

Dann ist aber eins nicht zu unterschätzen: der giftig brodelnde Grimm der Unternehmer darüber, daß sie während der Krise die Löhne nicht kürzen durften. Sie waren das ja so gewohnt! Wie kräftige Abfriche hatte man noch während der schlechten Jahre 1901/02 nehmen können, wie hatte man da nach Herzenslust geschlagen, was die voraufgegangenen Jahre aufgebaut hatten! Damit war's aus. Nichts kann ein rechtes Unternehmertum mehr in Garnisch bringen, als eine verlorene Gelegenheit zur Mehrung des Profits, be-

sonders wenn diese Mehrung auf Kosten der Arbeiter hätte erfolgen können. Und so herrscht bei den Unternehmern heute die Stimmung, daß man sich bei der nächsten Tarifbewegung dadurch schadlos zu halten habe, daß man alle Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnt. Wenn man das alles betrachtet, dann gehört sicher nicht viel Prophetengabe dazu, um zu sagen, daß bei der nächsten Tarifbewegung die brennende Lunte neben dem Pulverfaß liegt.

Die Unternehmer hatten anscheinend an diesem Konfliktstoff noch nicht genug. Sie schufen neuen, indem sie beschlossen, in allen Bundesorten ihre Arbeitsnachweise einzuführen. Natürlich können wir nicht zugeben, daß die Organisation der Arbeitsvermittlung, eine Angelegenheit der Gesamtheit, von den Unternehmern zu einem Kampfmittel gegen uns gemacht wird; denn auf etwas andres läuft die Geschichte nicht hinaus.

Das Ergebnis unserer Betrachtung ist also, daß die Möglichkeit eines allgemeinen Zusammenstoßes zwischen den Gewerkschaften des Baugewerbes und dem Arbeitgeberbund im nächsten Jahre recht nahe liegt. Und daraus folgt: Wir müssen uns dazu rüsten! Es wäre Selbsttäuschung, wenn wir uns einreden wollten, es bedürfte dazu keiner besonderen Müstungen, wir wären allen Anforderungen der kommenden Lage gewachsen. Gewiß, unser Verband ist stark, unser Organisationsapparat arbeitet gut und zuverlässig, unsere Finanzen bieten ein erfreuliches Bild. Das ist glücklicherweise alles gut und wohl. Aber die Krisis hat uns mehr als ein Zehntel der Mitglieder gekostet! Darauf haben wir unser scharfes Augenmerk zu richten. Es wird für uns von großer Bedeutung sein, ob es uns gelingt, sie zurückzuerobert oder nicht.

Aber wir müssen sie zurückerobern! Und darum geben wir die Parole aus: Zwanzigtausend neue Mitglieder in diesem Jahre!

Die Forderung ist nicht allzu schwer zu erfüllen. In weit mehr als zweitausend Orten ist heute unser Verband vertreten, und es werden leider nicht sehr viele darunter sein, wo alle Maurer unserm Verbands angehörend. Nun, wo dies nicht der Fall ist, da muß die Werbearbeit mit der Wucht und Fähigkeit aufgenommen werden, die nur der Selbsterhaltungstrieb und die Begeisterung für eine gerechte Sache entwickeln können. Oft schon haben wir diesen Ruf ergehen lassen, und meist hat die Kollegenschaft uns verstanden. Möge sie uns auch diesmal verstehen. Möge sie tapfer in die alten Bahnen des segensreichen Fortschritts einlenken, möge sie die Mühen und Opfer der Werbearbeit auf sich nehmen; der kategorische Imperativ: wir müssen! wird uns die nötige Ausdauer verleihen.

Ja, wir müssen! Wir müssen, weil wir den Vorkampf führen. Im Baugewerbe wird sich zuerst erweisen, ob die von unüberwindlichen Kräften getriebene Entwicklung des Tarifwesens einen weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse zuläßt oder nicht. Wir glauben es und weisen die düstern Prophezeiungen derer zurück, die hier die Grenze der gewerkschaftlichen Kraft erkennen wollen. Nein, unser Vormarsch geht weiter, nur Kraft und Opfermut dürfen uns nicht fehlen. Darum bewahren wir uns unsern alten Opfermut, der sich in tausend und mehr heißen Lohnkämpfen glänzend offenbart und bewährt hat, und mehrern wir unsre Kraft, schaffen wir in diesem Jahre Zwanzigtausend neue Mitglieder!

Der Grundstein.

### Im Kampfe sollst du dein Recht finden!

Wer sich zu verteidigen vermag in die Geschichte des Rechts von ihren Anfängen, die zusammenfallen mit den Anfängen der Kulturentwicklung, bis zur Gegenwart, der sieht vor seinem geistigen Auge ein gewaltiges Drama sich abspielen. Der Inhalt der Geschichte des Rechts, der Kulturgeschichte überhaupt, ist der ewige Kampf ums Recht. Keine Göttermacht hat den Menschen das Recht gesetzt; niemals hat die Menschheit das gehabt, was man im Sinne der Rechtsordnung „göttliche Weltordnung“ nennt. Alles Recht in der Welt — sowohl das Recht im objektiven Sinne, d. h. die gesellschaftliche Ordnung des Lebens, als auch das Recht im subjektiven Sinne, d. h. die konkrete Vertretung der Person — ist erstritten worden. Im Begriffe des Rechts, sagt so treffend der große Rechtslehrer Rudolf v. Jhering, finden sich die Gegenstände: Kampf und Frieden zusammen — der Friede als das Ziel, der Kampf als das Mittel. Das Recht ist kein logischer, sondern ein kraftbegriff. Recht ist unausgesetzte Arbeit, die nicht etwa ein einzelner Machtfaktor vollbringt, an der vielmehr das ganze Volk, die ganze Menschheit beteiligt ist.

Aller Kampf ums Recht wurzelt in einer Rechtsidee, und diese wieder entspringt bestimmten Interessen-erwägungen, mit denen sich „sittliche Begriffe“ verbinden. Und der Preis des Kampfes ist: die Verwirklichung der Rechtsidee in Staat und Gesellschaft. Das ist aber im Grunde nichts anderes, als die Aenderung der Rechtsordnung.

Die Macht hat das Recht. Wer die Macht hat, bestimmt, was Rechtens sein soll. All das Recht, das jemals dagewesen, ist erworbenes, erkämpftes Recht. Es war immer die Satzung des herrschenden Interesses, das Interesse von tausenden von Individuen, von ganzen Ständen und Klassen, — ein Privilegienrecht, dem die gänzliche Rechtslosigkeit oder die beschränkte Berechtigung beherrschter Massen gegenübersteht. Dieser Zustand kann, das lehrt die Geschichte, nicht dauernd sein. Immer tritt dem erworbenen Recht eine neue Rechtsidee entgegen. Immer kommt die Zeit, wo diejenigen, die das bestehende Recht rechtlos macht oder rechtlich beschränkt, sich erheben und ihren Rechtsanspruch geltend machen. Da stehen sich denn zwei Parteien gegenüber, von denen jede die Heiligkeit des Rechts in ihrem Banner führt: die eine die Heiligkeit des historischen Rechts, des Rechtes der Vergangenheit; die andere die Heiligkeit des ewig werdenden und sich verjüngenden Rechts, des ewigen Anrechts der Menschheit auf das Werden. Der Kampf endet immer mit dem Siege dieses Rechts; das Recht der Vergangenheit erliegt dem Gottesurteil der Geschichte. Alle großen Erregungen, die die Geschichte des Rechts zu registrieren hat: die Aufhebung der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Feudalordnung, des monarchischen Absolutismus, die Freiheit des Grundeigentums, der Gemeinde, des Glaubens usw., sie alle haben erst auf diesem Wege des beständigen, oft jahrhundertlang fortgesetzten Kampfes gewonnen werden müssen, und nicht selten bedeuerten Ströme Bluts, überall aber zertretene Rechte, die Trümmer „göttlicher Weltordnungen“, von denen man sagte, sie seien „heilig“ und „unantastbar“, den Weg, den das Recht dabei gewandelt ist.

Es gibt kein konkretes, kein erworbenes Recht, das ewige Dauer beanspruchen kann und sich dauernd zu behaupten vermag. Herrschende Stände und Klassen, die diesen Anspruch erheben, verhöhnen die Idee des Rechts — denn diese Idee ist ewiges Werden; das Gewordene aber muß dann neuem Werden weichen.

Die Gegenwart ist eine neue große Epoche des Kampfes ums Recht. Ferdinand Lassalle wirft in seinem „System der erworbenen Rechte“ die Frage auf: „Was ist es, das den tiefinnersten Inhalt all untrer sozialen und politischen Kämpfe bildet?“ Und er antwortet: „Der Begriff des erworbenen Rechtes ist wieder einmal strittig geworden, und dieser Streit ist es, der das Herz der Gesellschaft durchzittert bis in seine innersten Tiefen.“

Die Gegenwart erlebt den Kampf ums Recht als Klassenkampf. Die kämpfenden Parteien sind: auf dem Boden des erworbenen Rechtes stehend und als seine Verteidiger die herrschenden Klassen und die ihnen verbündeten öffentlichen Gewalten einerseits, und andererseits die Massen der arbeitenden Klassen. Diese Massen, die eine klassenmäßige Einheit bilden, sind erfüllt von neuen, großen Rechtsideen, die sich gegen das bestehende Recht richten; ihr Inhalt ist: die Arbeit soll nicht länger der von Besitzherrschaft ausgeübte und unterdrückte Gesellschaftsfaktor sein. In ihr begreift sich die Macht, der die Entstehung, Ent-

wicklung und Erhaltung aller Kultur zu danken ist; sie ist die Seele der Kultur; sie hat trotz aller Frevler, die im Laufe der Jahrtausende an ihr begangen worden sind, ein unverjährbares natürliches Recht darauf, als der wichtigste Kulturfaktor gebührend gewürdigt und ihrem Werte nach behandelt zu werden. Das Recht der Arbeit, d. h. das Recht der Arbeitenden auf den Genuß der Früchte ihres Schaffens in Freiheit und wahrhaft sittlicher Ordnung, ist die Quintessenz des Rechtes der rein menschlichen Gerechtigkeit, der Vernunft und der Humanität; in ihr allein läßt sich eine wahre Rechtsordnung der Kultur begreifen.

Das Recht der Arbeit ist Menschenrecht und als solches Kulturrecht, dessen Verwirklichung die Aufhebung der Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Form, die Beseitigung der Klassenherrschaft, die Konstituierung der menschlichen Gesellschaft zu einer Kultur-gemeinschaft bedeutet. Der Kampf um dieses Recht beschränkt sich nicht auf eine Nation, an ihm sind notwendig alle Kulturnationen beteiligt, am stärksten natürlich die, in denen die Interessengegenätze zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Fortschritt und Reaktion am schärfsten ausgeprägt sind. Zu diesen Nationen zählt auch die deutsche.

Wie in andern Ländern, so dient auch bei uns in Deutschland die Arbeiterorganisation, die gewerkschaftliche wie die politische, dem Kampfe ums Recht. Es handelt sich in ihren Ideen und Bestrebungen um sehr viel mehr, als gelegentlich durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung eine Hebung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Das ist nur ein notwendig damit verbundener Teil des gewaltigen Emanzipations- und Erlösungskampfes, den die solidarisch geeinte Arbeiterklasse zu führen hat, und zwar zu führen hat in Erfüllung eines geschichtlichen Berufs.

Seit dem Beginn der modernen Arbeiterbewegung, die im Kampfe ums Recht gipfelt, also nun schon bald ein halbes Jahrhundert, hat die deutsche Arbeiterklasse immerwährend und in stetig steigendem Maße die Erfahrung gemacht, was die Widerstandskraft der bei dem Bestande der bestehenden Rechtsordnung beteiligten herrschenden Interessen zu leisten vermag. Nur gezwungen und spekulativen Erwägungen folgend — um der großen Kardinalfrage des Kampfes ums Recht aus dem Wege zu gehen — haben die herrschenden Klassen und ihre Willensvollstrecker, die reaktionären Gewalten, der Arbeiterklasse dann und wann einige kleine belanglose Rechtskonzessionen gemacht. Grundfänglich ist ihr Bestreben darauf gerichtet, die Entwicklung und Umgestaltung des Rechts im Geiste der Freiheit, der Humanität und sozialen Gerechtigkeit zu verhindern. Und nicht nur das: sie sind auch bemüht, der Arbeiterklasse die wenigen und geringen Rechte, die sie besitzt und in ihrem Interesse energig ausübt (darauf kommt es an!) zu nehmen. So das Reichstagswahlrecht, das Koalitionsrecht, das Recht der Selbstverwaltung in den Krankenkassen usw.

Arbeitsherrentum und öffentliche Gewalten gebrauchen in der Verteidigung des modernen Rechts rücksichtslos die Waffe des Terrorismus, der Vergewaltigung des konkreten und des menschlichen Rechtes der Arbeiter. Wenn es noch nötig wäre, die Arbeiter darüber aufzuklären — was die ganze geschichtliche Erfahrung beweist —, daß im Kampfe ums Recht nicht die Theorie des Rechts, sondern das Machtverhältnis der sich gegenüberstehenden Kräfte den Ausschlag gibt —, nun die Gegner der Arbeiterbewegung würden durch ihr Pochen auf die Macht und durch ihre Praxis der Anwendung derselben die Arbeiter dahin belehren: daß auch für sie der Erfolg ihres Kampfes nur abhängig ist von der Macht, die sie zu erlangen vermögen. Sie können zu ihr nur gelangen durch solidarische Einigung, durch starke und wohldisziplinierte Organisation, die ausdauernden und immer energiegelichteren Kampfes fähig ist. Deshalb kann es nichts Abwideres, nichts Dümmeres geben, als die in den Kreisen der sogenannten „nationalen“ oder „christlichen“ Arbeiter noch verbreitete Anschauung, daß gewerkschaftliche Organisationen keine Kampforganisationen zu sein haben, sondern sich auf das ordnungspolitische Dogma von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ stützen müssen. Wir dürfen überzeugt sein, daß die Kraft und die Logik der Tatsachen dieser Auffassung ein Ende machen wird.

Den Kampf ums Recht im Rahmen der freien Organisation mitzuführen, ist eine Pflicht des Arbeiters gegen sich selbst und gegen seine Verufe- und Klassengenossen. Dem Satze: „Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen“, steht mit gleicher Wahrheit der andre gegenüber: „Im Kampfe sollst du dein Recht finden!“ Von

dem Augenblicke an, wo das Recht der Arbeit seine Kampferechtskraft aufgibt, gibt es sich selber auf; denn für das Recht gilt der Spruch des Dichters:

Das ist der Weisheit letzter Schluß:  
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,  
Der täglich sie erobern muß!

Karl Frohme.

### Der Zentralverband der Maurer Deutschlands im Jahre 1908.

Ein ganz ungewöhnlicher Tiefstand der Baukonjunktur während des ganzen Jahres, ein früher und harter Winter und ein wichtiger Vorstoß der Unternehmerverbände: das waren die hervorsteckendsten Merkmale des Jahres 1908 für die deutschen Bauarbeiter. Seit länger als einem Jahrzehnt haben die Maurer nicht eine so viele Personen erfassende und so andauernde Arbeitslosigkeit kennen gelernt als im Jahre 1908; in fast allen namhaften Städten wurde selbst in der besten Bauzeit die Nachfrage nach Arbeitskräften von dem Angebot weit übertraffen. Das unter der Arbeitslosigkeit der Stand der Organisation schwer leidet, haben wir schon in früheren Jahren erfahren. Die Kraft der Organisation reicht dann nicht aus, die Arbeitsbedingungen wesentlich zu verbessern, sondern es ist schon viel erreicht, wenn dem Drang der Unternehmer nach Verschärfung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausreichender Widerstand entgegengesetzt werden kann. Das sehen aber viele Kollegen nicht ein. Vielfach ohne jede Vorkenntnis der Arbeiterbewegung und ihrer Erfolgsmöglichkeit in die Organisation eingetreten, nähren sie bald Hoffnungen, deren Erfüllung zwar durchaus nötig ist, die zu realisieren die Organisation zurzeit aber zeitweilig aber nicht imstande ist. Dann entsetzt Mißmut und Verdrossenheit, und kommt dazu noch eine über das gewohnte Maß hinausgehende persönliche Notlage, dann werden solche Mitglieder durch ihre unfruchtbare Kritik und ihr saftiges Wesen zu einer Gefahr für die Organisation. Diese traurige Erfahrung hat der Zentralverband der Maurer Deutschlands auch im Jahre 1908 machen müssen.

Daß unter solchen Umständen an eine Ausbreitung und Kräftigung des Verbandes nicht zu denken war, dürfte jeder mann einleuchtend sein, und auch mit einem Rückgang der Mitgliederzahl mußte gerechnet werden, als von Monat zu Monat die Berichte über die Bautätigkeit gleichmäßig trüblich blieben. Am Ende des ersten Halbjahrs waren in den Städten von 10 000 Einwohnern aufwärts rund 26 000 Maurer weniger beschäftigt als im Jahre 1906 zur Zeit der Hochkonjunktur. Für 1906 bis 1907 haben wir keine Vergleichszahlen; diese Differenz ist wahrscheinlich noch bedeutender größer. Von dieser Zahl mag ein kleiner Teil in den kleinen Orten, auf dem platten Lande, im Baugewerbe Beschäftigung gefunden haben, die meisten werden aber vorzeitig aus dem Baugewerbe haben ausscheiden müssen; ob sie in andern Betrieben in der Landwirtschaft, Unterchlupf gefunden haben oder wo sie ihr Dasein fristen, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Soweit bisherige Mitglieder des Verbandes von diesem Arbeits- und Domizilwechsel betroffen worden sind, sind sie zum großen Teil der Organisation vorläufig verloren gegangen. Ein Vergleich des zweiten Quartals 1908 mit dem im Jahre 1907 ergibt einen Rückgang der Mitglieder von 12,85 pSt. in Orten mit 50 000 und mehr Einwohnern, von 10 pSt. in Orten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern und 8,7 pSt. in Orten mit unter 20 000 Einwohnern; insgesamt befreit sich der Mitgliederverlust auf rund 17 000. Das ist ein Verlust, der trotz der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten war.

In einem Rückblick auf das Jahr 1908 („Grundstein“ Nr. 18, 1907) wurde freudig darauf hingewiesen, daß der Maurerverband nicht mehr weit vom zweiten Hunderttausend Mitglieder entfernt sei, und im nächsten Jahre ist diese Zahl auf kurze Zeit sogar überschritten worden. Heute sind wir davon leider sehr weit entfernt. Seit 1908 macht die Mitgliederbewegung im Zentralverband der Maurer Deutschlands folgende Kurve: 3. Quartal 1906: 198 696, 2. Quartal 1907: 201 848, 4. Quartal 1908: 163 342. Die Anfangs- und Schlußquartale dieser drei Jahre stehen sich wie folgt gegenüber:

	1906	1907	1908
1. Quartal .....	169242	190622	160279
4. „ „ .....	183747	180792	163342

Der Mitgliederabgang erstreckt sich über fast alle Gauen des Verbandes, nur Odrlich, Lübeck, Magdeburg und Altonaberg machen eine Ausnahme, die zusammen nicht ganz 600 Mitglieder zugenommen haben. Prozentual am stärksten haben gelitten: Oberhessen mit 24 pSt. Verlust im Jahresdurchschnitt, Cöln 20,9 pSt., Stuttgart 20,6 pSt., Pommern 20,2 pSt., Mannheim 18,3 pSt., Frankfurt 15,2 pSt., Berlin 14,8 pSt., Breslau 12,6 pSt., Erfurt 9,8 pSt., Guben 8,1 pSt., Danzig 6,3 pSt., Bremen 6,1 pSt. Die übrigen Gauen haben unter 5 pSt. Verlust, wovon Leipzig an niedrigster Stelle mit 2,2 pSt. steht. Im ganzen Verband be-

differt sich der Jahresdurchschnittsverlust auf 9,12 und der von Jahresabschluss zu Jahresabschluss (1907/08) auf 9,64 pSt. (Von dem Beginn der Krise [2. Quartal 1907] bis Jahresabschluss 1908 sind es schon 19 pSt.)...

Von den im Jahre 1908 ausgeschiedenen Mitgliedern sind 1050 gestorben, 822 ausgeschlossen, 5011 ausgetreten und 3443 zum Militärdienst eingezogen worden; alle übrigen sind davongelaufen, sie fanden nicht den Mut, sich abzumelden und ihren Austritt ordnungsmäßig zu vollziehen.

Der Mitgliederverlust und darüber hinaus die große Arbeitslosigkeit haben auch die Einnahme des Verbandes gegen 1907 verringert. Im Jahre 1907 wurden 7.250.888 Beitragsmarken verkauft, gegen 6.419.781 im Jahre 1908; das Minus macht rund 11,5 pSt. aus.

Die Gesamtinnahme des Verbandes belief sich auf M. 3.670.449,44, gegen M. 5.018.899,96 im Jahre 1907. Die Gesamtmaßnahmen beider Jahre sind aber nicht vergleichbar, weil 1907 Extrabeiträge erhoben und infolge der umfangreichen und langanhaltenden Streiks von den in den Streikbezirken arbeitenden Kollegen außerdem erhebliche Summen aufgebracht wurden.

Die Mindererinnahme beträgt 11,5 pSt. Auf das einzelne Mitglied entfallen im Jahre 1908 M. 17,25 und 1907 M. 17,75.

Die Gesamtausgaben des Verbandes (in der Hauptkassse und in den Gau- und Zweigvereinskassen) betragen M. 2.601.988,21 gegen M. 3.791.974,39 im Jahre 1907.

Die Ausgabe setzt sich aus folgenden Posten zusammen (Pfeilige sind aufgerundet):

Table with columns: Ausgabenposten, 1908 (insgesamt, pro Kopf), 1907 (insgesamt, pro Kopf). Rows include: Verbandsorgan, Agitation, Unterrichtsstufe, Streiks, Streikunterstützung, Gewerkschaften, Gewerkschaftenunterstützung, Rechtschutz, Reiseunterstützung, Krankheitsunterstützung, Beihilfe in Sterbefällen, Druckkosten, Broschüren, Statistiken, Konferenzen, Beiträge, Sonstige Ausgaben, Verwaltungskosten.

Einnahme gegen Ausgabe gestellt ergibt einen Ueber-schuss von M. 1.068.456,23 und zu dem Bestand am Jahresabschluss 1907 (M. 4.791.098,81) ein Vermögen von M. 5.859.554,54.

Der Ueber-schuss ist gegen 1907 von M. 6,37 auf M. 6,11 pro Mitglied gefallen, das Gesamtvermögen dagegen von M. 24,88 auf M. 33,48 gestiegen. Von dem Gesamtvermögen entfallen auf die Hauptkasse M. 4.518.588,94, auf die Zweigvereinskassen M. 1.275.304,86 und auf die Gaukassen M. 65.666,74.

Die der Arbeiterschaft von dem Unternehmerbund auf-gezwungene gemeinsame Bewegung wurde schließlich durch zentrale Verhandlungen und einen Generalschiedspruch erledigt, der vor allem festlegte, daß in keinem Lohngebiete irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten dürfe.

Die Gesamtbewegung erstreckte sich auf 527 Lohngebiete mit zusammen 7542 Orten, 9146 Unternehmern und 95.039 Mauern; 483 örtliche oder bezirkliche Unternehmerorganisa-tionen und 338 Zweigvereine unsres Verbandes standen sich gegenüber.

In 63 Lohngebieten führten die Forderungen zum offenen Kampf, zur Arbeitseinstellung, und zwar zu 33 Angriffstreiks, 16 Ausperrungen, 9 Angriffstreiks in Verbindung mit Ausperrungen und 5 Ausperrungen in Verbindung mit Angriffstreiks.

mit vollem Erfolg ... in 61 Lohngebieten mit teilweisem Erfolg ... 293 ohne Erfolg ... 173

Außer dieser allgemeinen Bewegung unternahmen die Kollegen neumann partielle Angriffstreiks, weil sich einzelne Unternehmer weigerten, die Vereinbarungen anzuerkennen oder die durch andere Umstände allgemein üblich gewordenen neuen Arbeitsbedingungen für ihre Betriebe einzuführen.

Neben der schon genannten Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung ist errungen worden: eine Erhöhung des Lohnzuschlages für Ueberstunden in 81, für Nacharbeit in 108, für Sonntagsarbeiten in 104, für Ueberlandarbeiten in 50, für Feuerungsarbeiten in 51 und für Wasserarbeit in 54 Lohngebieten.

Die Erhöhung des Stundenlohns stellt sich im einzelnen wie folgt dar:

Table with columns: Lohnbezirk, Anzahl Mauern, Erhöhung pro Stunde. Rows include: 72 Lohnbezirke mit 17673 Mauern (1 1/4 pro Stunde), 104 Lohnbezirke mit 13530 Mauern (2 pro Stunde), etc.

Die durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohns beträgt 2,35 % für insgesamt 48.798 Maurer in 5530 Orten und 828 Lohngebieten.

Eine Erhöhung des Tagesverdienstes ist in 305 Lohngebieten zu verzeichnen, demnach ist in 21 Lohngebieten mit der Verkürzung der Arbeitszeit wohl eine Erhöhung des Stundenlohns, nicht aber eine Erhöhung des Tagesverdienstes eingetreten.

Ueber die Arbeitseinstellungen im besondern ist noch zu berichten, daß sie sich auf 866 Betriebe mit 11.877 beschäftigten und für die Arbeitseinstellung in Frage kommenden Personen erstreckten. Von diesen Personen blieben 782 sofort als Streikbrecher stehen, durchschnittlich also noch nicht einer auf den Betrieb.

Der Verlust an Arbeitszeit betrug circa 188.431 Tage und an Arbeitslohn circa M. 678.778.

Davon entfallen auf: Angriffstreiks ... 33762 Tage und M. 147701 Arbeitslohn, Ausperrungen ... 47845 " " 222827, Abwehrstreiks ... 56824 " " 308250.

Von den Streikenden waren 6941 verheiratet und 4164 ledig. Erstere hatten 18.177 Kinder unter 14 Jahren. Abgerechnet sind 1104, anderweitig untergebracht wurden 1129. Zugereist kamen am Streikorte 2818. Als Streikbrecher nahmen die Arbeit auf 817 Zugereiste und 1460 Maurer am Orte.

Die Kosten betragen insgesamt M. 397.069,49. Davon wurden verausgabt:

Table with columns: Posten, Betrag. Rows include: Für Unterstüfung der Streikenden ... M. 361504,14, Mieteunterstüfung ... 8637,55, Reiseunterstüfung ... 3872,03, Fernhaltung des Zugereisten und Fortschaffung ... 1467,20, etc.

Von der Gesamtausgabe entfallen auf: Angriffstreiks ... M. 72752,74, Ausperrungen ... 81656,60, Abwehrstreiks ... 208446,01.

Unterstützung der durch Streiks anderer Berufe in Mittelbeschaft geogener Mitglieder ... 34214,94. Aufgebracht sind die verwendeten Mittel zu 99,87 pSt. von der eignen Organisation, und 0,13 pSt. stammen von anderen Organisationen, Privaten usw.

Die verwendete Summe setzt sich zusammen: Aus Mitteln der Hauptkassse ... M. 360798,29 = 90,86 pSt., Sozialkassse ... 83349,91 = 8,39, Beiträgen der Arbeitenden ... 2476,05 = 0,62, anderer Organisationen ... 446,24 = 0,13.

Zur Verstärkung der Agitation, die durch Wort und Schrift jeden Tag betrieben werden muß, hat der Vorstand zweimal, im Frühjahr und im Herbst, einen besonderen Bedarf an die Maurer Deutschlands ergötzen lassen. Im Frühjahr wurde eine 16-Seiten starke Flugchrift in 8000 Exemplaren herausgegeben und verbreitet, verbunden mit einer systematischen Hausagitation; im Herbst folgte eine 8-Seiten starke Flugchrift in ähnlicher Auflage, die hauptsächlich von dem Wesen der Wirtschaftskrisen, ihren Ursachen und Wirkungen handelte. Der Verbreitung dieser Schrift folgten viele hunderte von Versammlungen, die sich mit demselben Thema und der Notwendigkeit der Organisation beschäftigten. Von den beschäftigten Rednern des Verbandes wurde den Kollegen auseinandergesetzt, daß es nur die Organisation ist, die dem einzelnen Arbeiter wie ihrer Gesamtheit Schutz und Schirm verleiht gegen das Uebergewicht des Kapitalismus und gegen den Druck des Unternehmertums. Mittels der Organisation können sich die Arbeiter zur Zeit guter Konjunktur bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen, und nur mittels der Organisation können sich die Arbeiter während des wirtschaftlichen Niederganges gegen die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung wehren. Davon hat im Jahre 1908 der Zentralverband der Maurer Deutschlands ein glänzendes Zeugnis abgelegt. Wenn uns auch im Aufstiege der Erfolg versagt war, wenn auch trotz der großen Opfer und der überzeugungsstarken Arbeit Tausender Verbandskollegen es nicht gelungen ist, alle Mitglieder bei der Fahne zu halten, den Ruhm kann der Verband für sich in Anspruch nehmen, daß er in dem Stummjahr 1908, der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes, wie zu Zeiten der Hochkonjunktur, die Interessen der Kollegschaft mit Kraft und Geschick vertreten hat.

Das schlimme Jahr 1908 liegt nun ein gut Stück hinter uns. Am Schlusse sah es noch so trüblich für die Bauarbeiter aus wie zu Beginn. Auch der Anfang des Jahres 1909, monatelang Frost und Schnee, konnte keine freudige Hoffnung erwecken. Aber nun sehen wir doch wieder ein Morgenrot aufdämmern. An Arbeit fehlt es zur Zeit nicht, das Baugewerbe ist sehr gut beschäftigt. Die größte Not ist überwunden. Nun darf aber auch die Kollegschaft über die Arbeit am Bau nicht die Arbeit am Ausbau der Organisation vergessen. Mehr denn je ist es nun an der Zeit, die Gleichgültigen aufzurütteln, sie dem Verband zuzuführen und sie so aufzuklären, daß sie der Organisation dauernd erhalten bleiben. Das Jahr 1908 hat der Organisation einige Scharten geschlagen; die müssen ausgeweht werden. Aber mehr noch haben die Maurer Deutschlands zu tun: in den jetzt wieder kommenden Jahren guter Bautätigkeit müssen sie ihre Organisation, den Zentralverband der Maurer, so ausbreiten und ihm einen so festen Zusammenhalt geben, daß ihm in späteren Zeiten auch der stärkste Sturm nichts anhaben kann. Heran, ihr Männer vom Bau; hinein in die Agitation!

F. r. P a e p l o w.

### Mit neuer Kraft.

Wohl seit langen Jahren hat kein Winter der Arbeiter-schaft — und besonders uns Maurern — so tiefe Wunden geschlagen, wie der eben vergangene. Litten schon im vorigen Winter, und selbst den ganzen Sommer hindurch, ungeduldige Tausende unserer Kollegen unter den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, so steigerte sich die Not und das Elend im Verlaufe dieses harten Winters zu geradezu ungeheuerlicher Größe. Am schärfsten trat diese Not natürlich in den Großstädten auf, wo der Arbeiter in der Regel außer einer primitiven Wohnungseinrichtung und seiner Arbeitskraft nichts sein eigen nennt. Bei längerer Arbeitslosigkeit stehen diese Arbeiter einfach vor dem Nichts. Geld und Lebensmittel fehlen, und Arbeit ist trotz allem Suchen nicht zu finden. Die Hauswirte verlangen jeden Monat ihre Miete und werfen, wenn die Bezahlung nicht erfolgt, den Arbeiter mit seiner Familie einfach unbarmherzig auf die Straße. Und jedes Stüdchen, das der Arbeiter für sich und die Seinen gebraucht, muß er bezahlen. Da ist es nur zu begreiflich, daß das Elend unermeßlich ist und daß die Verzweiflung Triumphe feiert, Triumphe, wie sie sich in der unheimlichen Zahl der Selbstmorde wegen Nahrungs-sorgen offenbaren. Es ist bezeichnend, daß sich über diese Selbstmorde, die eine gewaltige Anflage gegen die heutige Gesellschaftsordnung sind, eigentlich niemand mehr, sonderlich aufregt. Gleichgültig, als ob sie ganz selbstverständlich, unabwendbar, ja notwendig wären, geht die herrschende Klasse an diesen Dingen vorüber. Aber selbst bei Arbeitern, besonders auf dem Lande, hört man noch die sonderbare Ansicht, bei der großen Volksvermehrung könnten nicht mehr genügend Güter und Lebensmittel für alle Menschen erzeugt werden.

Wie unrichtig das ist, geht daraus hervor, daß die Warenlager mit allen möglichen Waren völlig überfüllt sind. Nicht zu wenig Waren sind vorhanden, sondern die Arbeiter haben zu wenig Geld, um die zubiell vorhandenen Waren kaufen zu können. So kommt es, daß Hundert-tausende fleißiger Hände feiern müssen, weil sich keine

Käufer für die von ihnen erzeugten Waren finden. Von uns aber haben Hunderttausende nicht das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt. Uns fehlt es an genügender Nahrung, Wohnung und Kleidung, uns fehlen im Winter unsere Stüben zu heizen, um uns und unsere Kinder vor der grimmigsten Kälte zu schützen.

Ist es nicht der reinste Hohn auf die sogenannte „göttliche“ Weltordnung, daß durch den Ueberfluß an Gütern Menschen buchstäblich verhungern müssen? Eigentlich mühten sich doch die Arbeiter des von ihnen erzeugten Ueberflusses freuen, könnte er doch eine Quelle des Glücks für sie sein! Statt dessen müssen sie in steter Angst vor diesem Ueberfluß leben, weil er sie andauernd bedroht, sie überflüssig und existenzlos zu machen.

Die heute herrschenden Klassen merken freilich von der Not des Volkes nichts, oder wollen nichts davon merken; denn unsere Armut ist die Vorbedingung ihres Reichtums. Aus unsern Knochen heraus schinden die Reichen die Mittel zu ihrem Luxus. Wir sind es, die ihnen durch unsrer Hände Arbeit die Mittel geben, die es ihnen ermöglichen, herrlich und in Freuden durchs Leben zu gehen. Und unter diesen Herrschaften, die oft nicht wissen, wie sie ihre Zeit hindringen sollen, die im Sommer nach Italien, in die Berge, ans Meer reisen, die im Winter Theater und Bälle besuchen, um nicht vor Faulheit und Langeweile zu sterben — unter diesen Herrschaften finden sich noch elende

Aber auch in unsern eignen Reihen ist hier und dort eine verderbliche Faulheit eingerissen. Die Versammlungen werden schlecht besucht und das Interesse mancher Kollegen an der Organisation läßt zu wünschen übrig. Kein Wunder, daß bei dieser Sachlage die Unternehmer Morgenluft mitteln, daß sie sich anschiden, auf der ganzen Linie gegen uns zum Angriff überzugehen. Sie haben ihre Organisation gefestigt und arbeiten jeden neuen Tag mit Hochdruck daran, sie noch mehr zu festigen. Unter diesen Umständen wäre es ein Verbrechen gegen uns selbst, wollten wir gleichgültig oder gar mutlos in die Zukunft blicken. Nein, starke Kräfte werden nur durch noch stärkere besiegt, und deshalb müssen wir uns mehr denn je zusammenschließen. Ein fester, unerschütterlicher Wille muß uns alle verbinden: der Wille, die Lage der Gesamtheit unserer Kollegen zu bessern. Niemand wird der einzelne für sich dauernde Vorteile erringen, wenn nicht die Gesamtheit, die Macht der Organisation hinter ihm steht. Wir müssen uns das, was uns fehlt, gemeinsam erringen, erringen nach dem alten Wort: „Einer für alle und alle für einen.“

Es wäre töllig verkehrt, wollten wir uns bei kommenden Kämpfen auf fremde Hilfe verlassen oder gar erwarten, daß die Unternehmer freiwillig unsere Lage verbessern. Nein, diese Herren geben nicht einmal ihren allergetreuesten Knechten mehr, als sie unbedingt müssen! Nur eine mächtige Organisation, die, wenn es not tut, gewillt ist, einig und geschlossen für ihre Forderungen zu kämpfen, kann den Unternehmern imponieren. Ich weiß, es gibt viele, viele Kollegen, die mitmütig absteigen stehen, weil die Organisation bei den letzten Tarifabschlüssen nicht das erreichte, was wir wünschten und was auch gerecht und notwendig war. Diese Kollegen mögen aber bedenken, daß damals bereits die Krise die Macht der Unternehmer gestärkt, unsere eigene aber geschwächt hatte; sie mögen bedenken, daß kurz vorher der Berliner Streik durch eine erbärmliche Handlungsweise einer großen Zahl von Kollegen verloren ging.

Dieser Streik zeigte übrigens recht deutlich, daß bei einem Kampf Sieg oder Niederlage nicht von dem Willen der Führer, auch nicht von dem besten Willen, dem Mut und der Ausdauer der Mehrzahl der Kollegen abhängt. Er zeigte, daß die Voraussetzung eines Sieges die absolute Einigkeit und Geschlossenheit der gesamten Kollegschaft ist.

War nun diese absolute Einigkeit und Geschlossenheit zurzeit der Tarifabschlüsse vorhanden? Man wird diese Frage nicht unbedingt bejahen dürfen. Denn erstens stand der Masse der organisierten Kollegen Deutschlands eine nicht unbeträchtliche Zahl inorganisierten gegenüber. Dann aber mußte damit gerechnet werden, daß bei einem so gewaltigen Kampf, wie er in Aussicht stand, jener Teil von Kollegen von uns abspaltete, der zwar mitläuft, solange er Vorteile von der Organisation ziehen kann, dem aber die Organisation lästig wird, sobald er zeitweilig Opfer für die Gesamtheit bringen soll. Das soll sich jeder Kollege gesagt sein lassen: Wenn man etwas erringen will, so darf man zeitweilige Opfer nicht scheuen. Kein Sieg wird ohne Opfer errungen. Wollen wir in Zukunft siegreiche Kämpfe führen, so müssen wir den festen Willen in uns tragen, uns selbst und unserer Sache unter allen Umständen treu zu bleiben. Und dieser Wille muß die Gesamtheit der Kollegen befehlen. Ist das nicht der Fall, ist ein größerer Teil von Kollegen vorhanden, der sich im kritischen Moment den Unternehmern zur Verfügung stellt, so reichen der beste Mut, die schönste Begeisterung und die größte Opferwilligkeit der andern Kollegen nicht aus, den Sieg an unsere Fahnen zu leiten. Deshalb müssen wir das Bewußtsein in die Herzen unserer Kollegen pflanzen, daß es seine und ehrlös ist, in ernster Zeit die Fahne der Organisation zu verlassen; daß es gemein ist, ohne Gegenleistung die Vorteile zu nehmen, die andre errungen haben; daß es unedel ist, sich von der Arbeit für die Allgemeinheit zu drücken und alle Opfer auf fremde Schultern zu wälzen.

Uns stehen noch schwere Zeiten bevor. Sind wir nicht auf dem Posten, spannen wir nicht alle Kräfte an, so wird es uns nicht möglich sein, in nächster Zeit die Bahnen des Fortschritts zu wandeln. Sei jeder Kollege dessen eingedenk, daß die Organisation in der nächsten Zeit für alle am notwendigsten ist. Nur dann, wenn wir alle unsern Pflichten für die Organisation erfüllen, nur dann können wir erwarten, daß bald auch für uns Maurer ein neuer, besserer Frühling wird. August Ellinger.

### Frühlingsdrängen.

Durch meine Seele zieht ein Klingeln, in meinem Herzen glüht ein Flammen, so lang einst ein deutscher Dichter. Hast Du das auch schon einmal empfunden, lieber Kollege? Wenn draußen die Frühlingssonne den letzten Märzschnee verzehrt hat und die linden Rüste lachend Berg und Tal wehen, wenn die gelben Vogelblumen draußen am Wiesengrand wieder blühen und die Frühlingsstürme durch den heimlichen Ranenwald brausen? Hast Du schon gefühlt, mag es auch lange her



### Kopf hoch!

Nach dem Englischen von Andreas Schen.

's ist alles falsch, ihr altes Recht,  
Das modert ein Jahrtausend schon;  
Der großen Menge geht es schlecht  
Und ihre Stimmung gibt den Ton.  
Man war gewohnt, zu führen uns  
Und ratlos uns zu sehn —  
Doch nun, gottlob, wir rühren uns:  
Bald wird es besser gehn!

Die Erde trägt nicht Blumen bloß,  
Auch Ankraut wuchert und gedeiht;  
Es blüht selbst in des Elends Schoß —  
Die Rosen süßer Seligkeit.  
Und Gram und Zorn bewegen uns,  
Wenn wir sie leiden sehn —  
Doch nun, gottlob, wir regen uns:  
Bald wird es besser gehn!

Laßt nicht mit feuchtem Aug' zurück  
Uns nach den toten Helden schaun;  
Die Zukunft suche unser Blick,  
Ihr wollen wir uns anvertraun!  
Der Freiheit Stern soll führen uns,  
Den wir dort leuchten sehn;  
Denn nun, gottlob, wir rühren uns —  
Bald wird es besser gehn!

Wichte, die mit unglaublicher Frechheit von der „Faulheit der Arbeiter“ reden! Sie, die durch den Fleiß der Arbeiter ein Herren- und Schlemmerleben führen, die sich schämen würden, selbst jemals Handarbeit zu verrichten, sie haben die Sitten, Arbeiter, die mit Inrunderdem Magen wuchern und monatelang erfolglos Arbeit suchen, zu verhöhnen und mit Schmutz zu bewerfen! Mühten jene Herrschaften auch nur ein Jahr lang die Qual der Armut ertragen, ich glaube, sie würden gar bald zu Verbrechern werden, wenn sie es nicht, wie so viele, vorzögen, in der Verzweiflung zum Strid zu greifen.

Nun, der schlimme Winter ist vorbei. Draußen in der freien Natur wenigstens sproßt das junge Grün, Blumen blühen auf Feld und Au, die Gärten prangen im Blüten-schmuck und die Vögelin schmättern ihre Nester der Sonne entgegen. Neues, heiteres Leben überall!

Aber ist es auch Frühling geworden für uns? Ist auch von uns der harte Wahn der Not gewichen? Können wir uns freuen alleamt und ein neues Leben beginnen nach allzu schwerer Zeit? Nein! Tausende unserer Kollegen sind noch immer ohne Arbeit, ohne Verdienst, ohne Brot für sie und die Ihrigen. Nach wie vor lastet auf der Arbeiterklasse der unheimliche Druck der Krise, und wie ein Gespenst schreitet der Hunger grauenverbreitend durch unsre Reihen. Krankheit und Siechtum füt er in die Körper der Darbenden und Haß in die Herzen der Besten.

Es ist bedauerlich, daß es in solch ernster Zeit, wo die Arbeiterklasse von Gefahren umrandet ist, noch Kollegen gibt, die außerhalb unsrer Reihen stehen, die von Selbstsucht verblendet, sich nicht schämen, um ihrer kleinen, augen-blicklichen Vorteile willen, Verrat an den eignen Brüdern zu üben. Wir wollen nicht bergen, daß sie die stärksten Waffen in den Händen der Unternehmer und deshalb unsre gefährlichsten Feinde sind.

sein. Herz und Liebe verirren sich in jedes Menschenherz einmal und schaffen Augenblicke, wo unsere Brust höher schwellt und wir mit Titanenkraft die ganze Welt umarmen möchten.

Aber, lieber Kollege, hast Du schon einmal tiefer hingeblickt ins Naturgetriebe, in die Zweckmäßigkeit alles Kommens und Gehens? Es ist gärender Mief, es sind rasende Kräfte, die durchs Weltall türmen und sie drängen nicht zwecklos, sondern sie sind zielbewußt.

Und sich Dir die Geschichte an. Wo auch hier immer große Taten, die der Menschheit nützten, vollbracht wurden, da wurden sie möglich, daß sich viele zu Gruppen vereinigten. Wenn blinder Wahnsinn raffinierteste Grausamkeiten ausflügelte, um die armen Menschen zu knechten und zu quälen, bedurfte es immer der Vereinigung aller Geknechteten und Geknehten, um den Peiniger in die gefährlichen Schranken zurückzuweisen.

Die äußeren Umstände sind anders geworden als früher, aber das alte kameradschaftliche Gefühl der Zusammengehörigkeit ist nicht geschwunden. Noch lebt's in Worten und in Liebern und wird ewig leben, solange arme Menschen sich ihr Brot schwer verdienen müssen.

So wie der Resten mit seinem scharfen Schnabel seine Brust aufreißt und sein Herzblut für die Jungen zur Labung rinnen läßt, so wie sich der Phönix für seine Jungen aufopfert und verjüngt aus der Asche steigt, so müssen auch wir für unsere Ziele eintreten und unsere Pflichten erfüllen, und das kannst Du nur, wenn Du treu und fest an der Seite Deiner Kollegen stehst, in der Organisation mit ihnen vereinigt bist.

Du kennst gewiß die geschichtliche Sage von jenem schweizerischen Bauer Winkelried, der in der Schlacht bei Sempach sich aufopfernd in die Speere seiner Feinde stürzte und voll stolzen Pflichtgefühls ausrief: Eidgenossen, ich will Euch eine Gasse bahnen! Wohlan, ein solcher Eidgenosse sollst Du werden! So wie der Frühling seine Kräfte sammelt und alles neu belebt, so wollen auch wir unsere Kräfte vereinen zu einem schlagerfertigen Heer, das dem Feinde mutig seine Front entgegenkennt.

Josef Rliche.

Baugewerbliche Verbandstage.

III.

Stetler Verbandstag der Stukkateure.

Dieser Verbandstag, abgehalten in Cassel in der Osterwoche, vom 12. bis 16. April, war ein außerordentlicher und hauptsächlich notwendig geworden, um starke Meinungsverschiedenheiten über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung auszugleichen.



Gleichnis.

Von Friedrich Maber.

Schlag ein Pferd — es schlägt dich wieder, Schlag macht es die Kuh; Aes' den Stier — er stößt dich nieder, Auch der Bock rennt auf dich zu.

Jaß den Hund nicht an den Ohren, Denn er beißt und fällt dich an; Laß die Schlange ungeschoren, Denn sie wehrt mit ihrem Zaßn.

So die Bienen, so die Käsen, So ein brutbeißendßes Fuh; Se heßen, diese krassen, Willst du ihnen etwas tun.

Und so wehrt sich seiner Feinde Jedes, auch das dümmste Tier. Jeder Deß in der Gemeinde, Jeder Eiel schlägt nach dir.

Nur die Menschheit, nur das fromme Wolf, das dumme, wehrt sich nicht; Laß sich peinigen und plagen, Duldet Schläge ins Gesicht.

Gegen diesen Beschluß haben sich inzwischen eine Reihe von Verbandstiteln aufgelehnt; in Versammlungen und Zeitungsartikeln wurde die Forderung nach Kassation des Verbandstagesbeschlusses bezw. nach einer Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung so laut erhoben, daß sich Verbandsvorstand und Ausschuß gedrungen fühlten, einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen.

Nach dem Beschluß des Nürnberger Verbandstages sollte die Erwerbslosenunterstützung vom dreizehnten Tage der Erwerbslosigkeit an bis zur Dauer von 60 Tagen in Höhe von M. 1,25 pro Tag bei Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangels oder Witterungseinfüsse und von 50  $\frac{1}{2}$  bei Krankheit gezahlt werden. Der Vorstand hatte diesem Verbandstag die Nürnberger Beschlüsse als neue Vorlage mit der einzigen Veränderung unterbreitet, daß die Karenzfrist auf sechs Tage herabgesetzt werde.

Zu den Forderungen, welche die organisierte Arbeiterschaft berechtigterweise an Reich, Staat und Kommunen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit stellt, und denen die sozialpolitische Gesetzgebung Rechnung tragen sollte, gehört auch die Erwerbslosenunterstützung.

Leider ist jedoch noch nicht zu erwarten, daß von dieser Seite in absehbarer Zeit irgend etwas getan wird, was geeignet ist, irgendeinen wirksamen Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu bieten. Selbst für den Fall, daß

man von jener Seite aus der Frage näher tritt, ist vorauszuweisen, daß die Einrichtung den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft schwerlich Rechnung tragen würde. In erster Linie würde man die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einschränken versuchen.

Es liegt daher im eigensten Interesse der Arbeiter, die Einführung dieser Unterstützungsanordnung selbst in die Hand zu nehmen, und dies haben die freien Gewerkschaften in ihrer großen Mehrzahl schon mit Erfolg getan.

Die Teilnehmer des siebenten Verbandstages erkennen die Wichtigkeit der Erwerbslosenunterstützung voll und ganz an. Der Verbandstag beschließt jedoch, die Einführung derselben von einer Urabstimmung abhängig zu machen.

Die Erwerbslosenunterstützung soll am 1. April 1910 nach der Vorlage des Hauptvorstandes eingeführt werden, wenn 60 pSt. der Abstimmenden sich für dieselbe erklären.

Da die Aufklärung über die Tragweite der Erwerbslosenunterstützung in den Reihen der Mitglieder vieles zu wünschen übrig läßt, so hat der Hauptvorstand noch reichliche Agitation für dieselbe in den Filialen zu betreiben und verpflichtet sich die Delegierten, ihr mögliches hierzu mit beizutragen.

Sollte wider Erwarten die Urabstimmung die Ablehnung ergeben, so beschließt der Verbandstag weiter:

1. Die Kontrolle über die Erwerbslosigkeit ist auf Grund der vom Hauptvorstand getroffenen Bestimmungen strikte durchzuführen, da nur dadurch eine feste Grundlage über die Möglichkeit der Einführung für unsere Organisation gegeben werden kann.

2. Die Frage ist durch Agitation in Wort und Schrift immer mehr zu klären, so daß sämtliche Mitglieder Gelegenheit haben, sich eine feste Meinung über die Notwendigkeit und die Tragweite dieser Unterstützungsanordnung zu bilden.

3. Gestützt auf die Ergebnisse der beiden vorstehenden Punkte hat der Hauptvorstand dem nächsten Verbandstage eine neue Vorlage zu unterbreiten, welche den Mitgliedern so frühzeitig zugänglich gemacht wird, daß es möglich ist, dieselbe reichlich zu diskutieren, so daß der achte Verbandstag die definitive Entscheidung über diese Frage treffen kann.

Dieser Debatte voraus ging, wie üblich, der Vorstandsbericht, woran sich eine längere Aussprache über das Verhältnis des Stukkateurverbandes zum Maurerverbande knüpfte. Ueber den Ausgang dieser Aussprache haben wir schon in der vorigen Nummer unseres Blattes berichtet. Aus dem Bericht des Vorstandes sei erwähnt: Infolge des wirtschaftlichen Niederganges hat der Verband im letzten Jahre 900 Mitglieder verloren. Die Mitgliederzahl sank von 8291 (1907) auf 7361, ein Verlust von 11 Prozent. Die neugeschaffene Gaubewerkschaft hat eine nennenswerte Tätigkeit noch nicht entfalten können. Im Berichtsjahr wurden 15 Tarife für 25 Städte ohne Arbeitseinstellung abgeschlossen. Ferner fanden 20 Angriffs-, 20 Abwehrstreiks und 7 Aussperrungen statt, an denen 1420 Personen beteiligt waren. Bei den streiklosen Bewegungen wurden für 228 Beteiligte wöchentlich 280,5 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 2303 Beteiligte wöchentlich M. 4375 Lohnverhöhung erreicht. Für das Jahr 1909 werden weitere Lohnverhöhungen fällig. Bei den Angriffstreiks erreichten 227 Beteiligte M. 699,35 mehr Lohn und 280,5 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche. Durch Abwehrstreiks und Sperrern konnten für 41 Beteiligte M. 288 Lohnreduktion und für 12 Beteiligte 144 Stunden Arbeitszeitverlängerung zurückgewonnen werden. Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betragen M. 69 552. Der Massenbericht ergibt für die Hauptkasse M. 132 389 Einnahme und M. 148 169 Ausgabe. Das Gesamtvermögen beträgt M. 175 862. Von den Ausgaben entfielen auf Agitation M. 6095, auf die Gaubewerkschaften M. 4752, auf das Kadorgan und fremdsprachliche Zeitungen M. 18 525, Streit- und Maßregelungsunterstützung M. 65 878, Reiseunterstützung M. 8117, Sterbegeld M. 4300, Rechtschutz M. 3003, Bauarbeiterstipendium und Generalkommission M. 1057, Verbandstag und Protokoll M. 11 189, Konferenzen M. 2113, Unterrichtsstufe M. 705, Verwaltungskosten, persönliche M. 4035, sachliche M. 6528.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, als Sitz des Verbandes wurde Hamburg bestätigt.

Politische Umschau.

Das Reichsreform-Gesetz. — Wirrwarr in der Finanzkommission des Reichstags. — Kritische Situation. — Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. — Plenum des Reichstags; Zivilprozessordnung; Vertretung Reichsrunder vor Gericht durch Arbeitersekretäre; Sicherung der Bauforderungen; die Betriebs-Pensionisten. — Kaiser. — Thronwechsel in der Türkei.

Die innerpolitische Situation hat im Verlaufe der letzten Woche von der Finanzkommission des Reichstags aus eine weitere erhebliche Spannung und Verschärfung erfahren. Der Wirrwarr und die Ungevißheit in der Frage der Reichsfinanzreform haben einen Grad erreicht, der geradezu in eine sehr ernste Krise ausläuft. Die Konventionen brachten in der Kommission einen Antrag auf eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Immobilien und Wertpapieren ein, der an die Stelle der Vorlage über die Nachlasssteuer, das Erbschafts- und eventuell her Erbschaftsteuer treten soll. Das ist ein schlaues taktisches Manöver. Es ist den Konventionen natürlich gar nicht darum zu tun, eine wirklich gerechte Wertzuwachssteuer, die natür-

lich auch den Grund und Boden und den Kapitalbesitz der Agrarier treffen müßte, zu schaffen. Sie bezwecken mit ihrem Antrage lediglich, die Regierung und die Sozialliberalen „nützlich zu machen“, daß sie in der Frage der Nachschußsteuer und der Branntweinsteuer den Forderungen der Agrar- demagogen nachgeben. Sie haben die Unterstützung des Zentrums gefunden, das in dieser Zeit ein Mittel sieht, den Mod zu sprengen. Die Regierung wußte nun zunächst nichts Besseres zu tun, als daß sie mit den Führern sämtlicher bürgerlichen Parteien, eine Konferenz abhielt, um zu einer „Verständigung“ zu gelangen. Daß man die sozialdemokratische Fraktion von dieser Konferenz ausschloß, ist sehr charakteristisch. Die Konferenz hatte nicht das beabsichtigte Ergebnis. Nun sollte die Finanzkommission mit Hochdruck arbeiten, um die Situation zu klären und ein greifbares Resultat herbeizuführen. Um ihr dazu unbeschränkte Zeit zu lassen, setzte das Plenum seine Sitzungen am Freitag, Donnerstag und Montag aus.

Die sozialdemokratische Fraktion nahm sofort eine grundsätzliche und sachlich entschiedene und durchaus konsequente Stellung. Bekanntlich hat die Sozialdemokratie stets den Standpunkt vertreten, daß es ein Gebot feierlicher Gerechtigkeit ist, unbedienten Wertzuwachs, möge der Grund- und Bodenzuwachs oder die Börsenspekulation ihn bringen, einer Besteuerung zu unterwerfen. Für die Konservativen und die Zentrumskreise hat diese Frage nur einen politisch-spekulativen Charakter, für die Sozialdemokratie jedoch einen sicheren prinzipiellen und ethisch-praktischen. So ließ die Fraktion durch ihre Vertreter in der Kommission dann den Antrag einbringen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, als Ersatz für die vorgeschlagenen indirekten Steuern auf Lebens- und Genussmittel: I. a) eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Grundstücken und Wertpapieren zum Gegenstand hat; b) Gesetzesvorlagen auszuarbeiten, die die Einführung einer quotifizierbaren, progressiven Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer zum Gegenstand haben; II. die Gesetzesvorlagen über die Nachschußsteuer und das Erbrecht des Staates zunächst zur Beratung zu stellen.

Die Sozialdemokraten fordern also gerechtermaßen die Wertzuwachssteuer neben den andern direkten Steuern, um das System der indirekten Steuern völlig zu beseitigen. Das ist ja schließlich auch der einzig praktische Weg, dem Reichsfinanzangel ein Ende zu machen.

Das Ergebnis der mehrtägigen sehr lebhaften Kommissionsberatung war bis jetzt völlig negativ. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde gegen deren Stimmen abgelehnt, während der Antrag der Konservativen mit Stimmengleichheit, 14 gegen 14 Stimmen, Ablehnung erfuhr. Auch Anträge der Sozialliberalen, betreffend Ausarbeitung einer neuen Erbschafts- und Vermögenssteuervorlage, fanden keine Mehrheit.

Die Situation ist gegenwärtig die, daß nichts gefördert, vielmehr alles noch mehr verzerrt worden ist. Was der Fortgang der Kommissionsberatungen bringen wird, läßt sich nicht ermessen. Die parlamentarischen Kreise rechnen nunmehr sehr ernsthaft mit der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. Die Regierung ist nach der Erklärung des Herrn Sybow zwar geneigt, der Frage der Wertzuwachssteuer näherzutreten, aber sie will diese Steuer nicht zulassen als Ersatz für die Erbschaftsteuer, sondern sie außer dieser nehmen; an der Erbschaftsteuer, die die Konservativen „unter keinen Umständen“ zubilligen wollen, hält sie fest.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die Kommission in den nächsten Tagen zu irgendeiner definitiven Entscheidung kommen wird.

Das Plenum des Reichstags leistete in bester Woche zunächst wieder etwas juristische Mitarbeit. Der ersten Lesung der Strafgesetzbuchnovelle folgte die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozeßordnung, des Gerichtslosgesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

Es handelt sich auch bei dieser Vorlage wieder nur um höchst unzulängliche Zeiländerungen, die, an sich betrachtet, gar nicht einmal als wirkliche Reformen gelten können. Unter anderm soll die Ausdehnung der Zuständigkeit des Amtsgerichts im Zivilprozeß durch eine Erhöhung der Zuständigkeitssumme herbeigeführt werden. Die Grenze dieser Summe ist im bestehenden Gesetz bei M 300 gezogen. Die Regierungsvorlage forderte die Erhöhung auf M 800; nach dem Vorschlag der Justizkommission, dem die Mehrheit des Plenums zustimmte, wurde sie auf M 600 bemessen. Durch diese Erhöhung der Prozesssumme erfährt der Geschäftsbereich der Amtsgerichte natürlich eine erhebliche Erweiterung und die Zuständigkeit der Landgerichte eine entsprechende Beschränkung. Damit könnte man sich einverstanden erklären in Rücksicht auf die Interessen Rechtsuchender, denen das amtsgerichtliche Verfahren, für das kein Anwaltszwang wie bei den Landgerichten besteht, leichter, schneller und billiger zu genügen vermag als das landgerichtliche, wenn nicht die Tendenz der ganzen Vorlage, einen stark fis-

kalischen Zug hätte, nämlich den, zwecks Entlastung des Justizsystems an Richtern zu sparen. Damit, daß man die schon außerordentlich belasteten Amtsgerichte noch mehr belastet, gewinnt das prozeßführende Publikum nichts; die Verhandlungen vor Gericht werden dann noch mehr als jetzt zum Nachteil der Rechtssicherheit beschleunigt. Der Umstand, daß die Ausübung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit die Praxis der Rechtsanwälte beschränkt, kommt für uns natürlich nicht in Betracht. Von besonderem Interesse für die Arbeiterschaft ist die Debatte, die herbeigerufen wurde durch den Antrag der Sozialdemokraten, dem § 107 der Zivilprozeßordnung, der die freie Advokatur einschränkt, resp. von gewissen Bedingungen abhängig macht, eine Bestimmung hinzuzufügen, wonach Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte zur Vertretung Rechtssuchender vor Gericht zugelassen sind. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten diesen Antrag bereits in der Kommission gestellt, wo er jedoch abgelehnt wurde. Dieses Schicksal hatte er, wie vorauszuversagen war, auch im Plenum, trotz der eingehenden Begründung durch die sozialdemokratischen Abgeordneten Schmidt-Berlin und Dr. Franke, die sich u. a. stützte auf eine von 107 Arbeitersekretariaten eingebrachte Fürsorgepetition. Der nach rechtlichem und bürnützigem Ermessen entscheidende Umstand ist, daß die Arbeitersekretäre die Vertretung vor Gericht nicht wie die rechtskonulenten geschäftsmäßig betreiben, daß sie vielmehr ohne Bezalung diese Vertretung speziell in Fragen des spezifischen Arbeiterrechts übernehmen für Arbeiter, die nicht in der Lage sind, ihre Sache selbst zu führen oder durch einen Anwalt führen zu lassen. Daß Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte „nicht fähig“ sind, vor Vertretung, hat man noch von keiner Seite zu behaupten gewagt. Ihre Befähigung steht ganz außer Zweifel. Damit fällt alles an Gründen gegen ihre Zulassung.

In Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und den meisten andern Bundesstaaten tragen die Gerichte nicht die geringsten Bedenken, sie zuzulassen, hat sich doch ihre Vertretungspraxis durchaus bewährt. Anders im Muster-Rechtsstaat Preußen. Da verweigern die Gerichte fast durchweg die Zulassung unter den haltlosesten Vorwänden, aus denen nur die unmotivierteste Antipathie gegen die Arbeiterorganisationen spricht. Im Jahre 1907 sind nach der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften von insgesamt 79 Sekretariaten 3175 mündliche Vertretungen ausgeführt worden, von denen allein 2150 das Gebiet der Arbeitervertretung und die meisten der andern Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis betreffen. Das ist eine geradezu gegenwärtige Tätigkeit. Aber es sind ja Vertreter der freien Arbeiterorganisationen, die sie üben, und deshalb wollen so viele Gerichte nicht von ihr wissen, womit sie sich freilich ein Armutsgewinn im Punkt des sozialpolitischen Denkens und Empfindens ausstellen.

Der Staatssekretär Nieserding wußte sich den sozialdemokratischen Rednern gegenüber nicht anders zu helfen, als daß er auf den Weg der Beschwerde an den Justizminister verwies. Daß solche Beschwerden völlig nutzlos sind, lehrt die Erfahrung; sie sind des öfteren erhoben, aber stets zurückgewiesen worden unter der Motivierung, daß die Gerichte selbständig zu entscheiden haben.

Charakteristisch ist, daß nur zwei Redner bürgerlicher Parteien, ein Nationalliberaler und Reichsparteiler, zu dem sozialdemokratischen Antrag das Wort nahmen; sie lehnten ihn natürlich ab. Freisinn und Zentrum hüllten sich in Schweigen; letzteres ohne Rücksicht darauf, daß auch die organisierte christliche Arbeiterschaft ein großes Interesse an der geforderten Vertretung hat. Nur vier Mitglieder des Zentrums stimmten mit den Sozialdemokraten für den Antrag; die erdrückende Mehrheit des Zentrums stimmte ihn in Gemeinschaft mit den Sozialparteiern nieder.

In der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Sicherung der Bauforderungen, vertrat der Abgeordnete Bömelburg, der auch der Kommission zur Vorberatung dieses Entwurfs angehört hat, den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion. Er legte dar, daß das Gesetz nur den Interessen des Unternehmens dient, oder doch darauf berechnet ist, daß aber weite Unternehmerkreise von dem zugehörigen „Schutz“ nichts wissen wollen. Nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse der Kommission haben sich sehr große Unternehmervereinigungen gegen den zweiten Teil des Gesetzes erklärt. So der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe von Groß-Berlin, ebenso der Arbeitgeberbund für Mitteldeutschland. Mitte Februar erschien im „Hochbau“ in München, dem amtlichen Organ in der bayerischen Bau-Berufsgenossenschaft, ein Artikel, in dem der Gesetzesentwurf ein Verlegenheitsprodukt genannt wird, das den Bauhandwerkern, namentlich den Kleinen, nur Pflichten auferlegt, und eine Schädigung des gesamten Bauhandwerks zur Folge haben werde. Zum Schluß heißt es: „Die den Rahm abschöpfen werden, sind die Rechtsanwälte.“ Auch in den Kreisen der Kleinen Handwerker ist für ein gesetzliches Eingreifen nicht mehr die Sympathie vorhanden wie in den neunziger Jahren. Viele meinen, daß auch, wenn der Entwurf Gesetz wird, von einer wirklichen Sicherung der

Bauforderungen gar keine Rede sein kann, und schließlich hat zu dieser Stimmung wohl mit beigetragen, daß im Laufe der Jahre die Mißstände im Baugewerbe, soweit der Bauhandwerkler in Frage kommt, nicht mehr in dem Maße in Erscheinung getreten sind, wie in den achtziger oder neunziger Jahren.

Bömelburg konnte darauf hinweisen, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission einige erhebliche Verbesserungen beantragt haben; so die Ausdehnung des Gesetzes auf Ersatz- und öffentliche Bauten, die Einführung der Bauhöfenämter, die Beseitigung der Sicherheits-hypothek und schließlich den Vorrang, den die Bauhandwerkler in der Bauarbeiter haben sollen.

Eine freitige Frage ist, ob das Gesetz gleich allgemein, oder mindestens in allen Gemeinden mit über 2000 Einwohnern eingeführt werden soll. Von der allgemeinen Einführung hat die sozialdemokratische Fraktion Abstand genommen, weil, wie Bömelburg ausführte, man die Wirkung des Gesetzes im Augenblick auch noch nicht im entferntesten abzuschätzen vermag. In Unternehmerkreisen fürchtet man von dem Gesetz nicht nur eine Verteuerung des Bauens, sondern auch eine ganz wesentliche Einschränkung der Bauaktivität. Das aber würde für die beteiligten Kreise kein Vorteil, sondern ein sehr wesentlicher Nachteil sein. Dieser Nachteil würde auch weite Bevölkerungskreise treffen, besonders in Orten mit schneller Bevölkerungszunahme würde schnell Wohnungsmangel, der sich leicht zur Wohnungsnot steigern könnte, eintreten.

Die Ausführungen Bömelburgs gingen weiter dahin: Wenn die Handwerksmeister meinen, ihren Interessen sei durch die Bestimmungen über die Sicherheitsleistung gedient, so haben die Sozialdemokraten keine Veranlassung, dagegen aufzutreten. Die Feststellung des Bauhöfenämter diese Aufgabe erfüllen sollen, werde die Erfahrung lehren. In der Kommission sagte ein Vertreter der Regierung, man denke sich die Sache so, daß bei Anlegung neuer Bauabschnitte der Baustellenverteilung generell festgelegt werden soll. Diese Maßnahme könnte dazu beitragen, daß der Grund- und Bodenzuwachs nicht ins Unendliche geht.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert, daß unter den Bauhöfenämtern auch ein Arbeiter sein soll, denn die Bauhöfenämter haben ja auch wichtige Interessen der Arbeiter zu vertreten. Ein anderer sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß die Arbeiterinteressenvertretung vor Erteilung der landesherlichen Genehmigung zur Einführung des Gesetzes zu hören ist. Nach dem Kommissionsentwurf soll die Handwerkskammer gehört werden. Ein freisinniger Antrag verlangt, daß auch die im Bezirk bestehende Handelsvertretung zu hören ist. Bömelburg bemerkte dazu treffend: „Es ist doch selbstverständlich, daß auch die Arbeiterinteressenvertretung gehört wird, zumal wichtige Interessen der Arbeiter in Frage kommen. Als diese Vertretung denken wir in erster Linie an die Arbeitskammer, wenn der Arbeitskammergesetzentwurf Gesetz wird.“

Der zweite sozialdemokratische Redner, Dr. Franke, trat den die Anträge begründenden Ausführungen Bömelburg energisch bei. Sie wurden abgelehnt.

Die Sitzung vom 20. April brachte die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation, betreffend die von Unternehmern für die Arbeiter ihrer Betriebe errichteten Pensions-, Witwen- und Waisenkassen. Der Reichstanzler wird gefragt, ob ihm bekannt ist, daß sich durch diese Kassen schwere Mißstände und Schädigungen für die aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter ergeben haben. Weiter: ob er bereit ist, durch eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Kassen-einrichtungen den zutage getretenen Mißständen zu begegnen, insbesondere die Ansprüche der aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter zu maßren durch die Berechtigung der Arbeiter auf eine freiwillige Weiterversicherung oder die Verpflichtung der Kassen auf Rückzahlung der Beiträge.

Die Begründung dieser Resolution erfolgte durch den Abgeordneten Severing. Er führte an der Hand eines reichen Materials den Nachweis, daß die in Rede stehenden Kassen von den Unternehmern durch mißbräuchlich werden, die Arbeiter aus schlechten Motiven an den Betrieb zu fesseln, vor allem ihr Koalitionsrecht zu vergewaltigen. Die Arbeiter werden gezwungen, Beiträge, und zwar in der Regel sehr hohe, zu entrichten. Sie verlieren aber, im Falle sie das Arbeitsverhältnis auflösen oder entlassen werden, alle Ansprüche an die Kasse, ohne daß ihnen die bezahlten Beiträge zurückzuerstattet werden. In dem der Unternehmer so „feine“ Arbeiter an Klüßchen auf ein gewisses eigenes Interesse bindet, unterwirft er sie seiner Willkür. Es wird an den Arbeitern ein förmliches Ausräuberungs- und Nützigkeitssystem geübt.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg vertat in seiner Antwort den Standpunkt, daß Reformen in diesen Punkte nur auf dem „Wege der Verständigung“ erreicht werden können. Die Härte des jetzigen Zustandes für die Arbeiter würde sich beseitigen lassen können dadurch, daß man die Betriebskassen der Aufsicht des Reichsamts für Privatversicherung unterstelle. Der Staatssekretär vermittelte

es, eingehen auf die Hauptsache, daß diese Klassen in der Hand des Unternehmertums ein Mittel zur Zergewaltigung der Arbeiter sind. Die Debatte wird fortgesetzt werden.

Während das internationale Proletariat zur Kaiserfeier rüffelt, hat sich in Konstantinopel das Gottesurteil der Geschichte vollzogen. Am 27. April erfolgte die Absetzung des Sultans Abdül Hamid. Sein Nachfolger auf dem Thron des Kalifates ist Prinz Reschad, der als Sultan Mohammed V. regieren wird. Er hat dem Parlament feierlich gelobt, ein streng konstitutionelles Regiment führen zu wollen. Der Thronwechsel ist unter dem üblichen Salut von 101 Kanonenschüssen vor sich gegangen.

Der entthronte Abdül Hamid hat 33 Jahre hindurch eine rein despotische Herrschaft geführt und schwere Blutschuld auf sein Haupt geladen. Mander Mord ist auf sein Verbrechen verübt worden. Er war ein asiatischer Despot im schlimmsten Sinne des Wortes. Diese allgemein bekannte Tatsache hat christliche Herrscher „von Gottes Gnaden“ nicht abgehalten, ihn als „Freund“, als „guten“ und „lieben“ Menschen zu behandeln. Jetzt ist er als Gefangener der Nation nach Saloniki gebracht worden. Er mag wohl Grund haben, um sein Leben zu gähnen. Zunächst haben die siegreichen Jungtürken eine Anzahl der Mädelführer resp. Helfershelfer des entthronten Sultans kriegsrechtlich gefesselt oder erschossen.

### Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

**Hannstädte:** Hamburg (Sperrung über die Schornsteinbaufirma Diederich);

**Schleswig-Holstein:** Pinneberg (partieller Streik);

**Mecklenburg:** Sülze (Sperrung über Holdorf), Lüthsen (Sperrung über das Kaliwerk), Dargun (Streik);

**Brandenburg:** Nauen (Aussperrung), Lehni-Gammen-Gross-Kreuz, Trebbin-Straussburg (Abwehrstreiks);

**Pommern:** Pyritz, Schivelbein, Regenwalde-Großenhagen, Richtenberg-Franzburg (Streiks), Wolgast, Neustettin (Aussperrungen), Treptow a. d. Rega (Sperrung über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperrung über Rudolf Wahl in Binz);

**Ost- und Westpreußen, Posen:** Graudenz (Streik), Königsberg (Sperrung über Harbach), Gumbinnen (Sperrung über Matschulat), Konitz, Vandsburg, Marienwerder (Differenzen), Nakel (Aussperrung);

**Königr. Sachsen:** Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Mülsen (Sperrung über E. Meier in Ortmanndorf und F. Döhn in Mülsen-St. Nikolaus), Frankenberg (Sperrung über Winkler), Schkenditz (Sperrung über Reiwand in Cursdorf), Tharandt (Sperrung über Burkhardt), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanks in Paritsch), Pirna und Umgegend (partieller Streik), Kamenz (Streik), Königstein, Schandau (Sperrung), Neustadt (Sperrung über Baumeister Anton), Hossen (Sperrung über Marbitz in Dittmannsdorf);

**Provinz Sachsen und Anhalt:** Merseburg (Sperrung über den Schulneubau in Schafstädt h. Täuchstädt), Weissenfels (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schiedt); Halle (Sperrung über Ifland in Passendorf), Aken (Sperrung über Karl Karthäuser), Lettin (Sperrung über Friedrich Bönicko), Brachwitz (Sperrung über Wilhelm Mennicke), Dessau (Abwehrstreik), Coswig, Halberstadt, Wettin a. d. Saale (Streiks);

**Schlesien:** Ponzig (Sperrung über den Neubau in der Putzlerschen Glashütte), Bunzlau (Sperrung über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), Priebus (Streik), Märzdorf (Sperrung über Schneider in Peiskerau und Schendall in Grebelwitz);

**Thüringen:** Greuzburg bei Eisenach, Buttstädt (Streiks), Saalfeld a. d. S. (Differenzen wegen Nichtinnehaltung des Vertrages), Ronneburg (Sperrung über Kretschmar), Arnstadt (Sperrung über O. Gressler);

**Nannover, Braunschweig, Oldenburg:** Ahlen b. Lehrte, Greene, Müden, Sulingen, Walsrode (Streiks), Hannover (Sperrung über die Firma Berger & Comp. aus Bromberg), Nordenham (Sperrung über die Bauten des Metallwerks), Schneverdingen (Streik), Landkreis Linden (Aussperrung), Vechna (Differenzen);

**Lippe-Deimold:** Lemgo (Streik).

#### Westfalen und Rheinland:

**Bonrath, Gerresheim (Streiks), Oeynhausien (Sperrung über das Eisenwerk „Weserhütte“), Haase (Sperrung über das Eisen- und Stahlwerk), Brackwede (Sperrung über Obloh), Minden (Sperrung über Akmann in Oberkirchen), Slegen (Sperrung über den Bau der Irrenanstalt in Herborn), Cöln (Sperrung über die Firma Wix aus Dortmund, Bahnüberführungen), Gltersloh (Aussperrung), Kaiserswerth (Differenzen);**

**Hessen-Waldeck:** Büttelborn, Ems (Streiks), Bad Soden (Sperrung über den Unternehmer Christian);

**Bayern:** Hellsbrunn (Streik), Würzburg (Sperrung über Krapp);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:** Pforzheim (Streik), Strassburg (Sperrung über Schütterle);

#### Fliesenleger:

**Strassburg i. Els. (Streik), Mühlheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbruck & Matheis), Cöln und Bisdorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurbaum aus Bonn), München (Aussperrung);**

**Isolierer und Steinholzleger:** Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), Cöln (Sperrung über die Korkelthwerke), Chemnitz (Sperrung über Ziegenler & Fritsche), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrung über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).

#### Oesterreich:

##### Schweiz:

Zürich (Streik der Fliesenleger).

Maurer sucht der Zimmermeister Richard Ernst in Oldenburg i. Holstein für mehrere größere Neubauten in der Stadt. Der Stundenlohn beträgt 40 A, Restkosten werden bei sechs Wochen Beschäftigung vergütet.

#### Gau Bremen.

Die Lohnbewegung in Oberneuland-Ellen, dem Zweigverein Bremen angehörend, ist mit vollem Erfolge für unsere Kollegen beendet worden. Ein Vertrag ist wie folgt festgelegt: Vom 1. August d. J. an erhalten unsere Kollegen eine Lohnzulage von 2 1/2 A pro Stunde bei neueminstellungsbedingter Arbeitszeit, vom 1. Oktober d. J. an eine weitere Lohnzulage von 2 1/2 A pro Stunde und eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde. Am 1. April 1910 tritt dann der jetzige Bremer Vertrag in Kraft. Die Zimmerer waren an der Bewegung nicht beteiligt.

In Brinsum haben unsere Kollegen das bisherige Vertragsverhältnis gestiftet.

In Delmenhorst, wo wir mit den Unternehmern auf Grund des Müllervertrages verhandelt haben, ist noch keine Einigung zustande gekommen. Die Unternehmer wollen weder in eine Lohnerhöhung noch in eine Arbeitszeitverlängerung einwilligen. Eine weitere Verhandlung soll am 11. Mai stattfinden. Dagegen haben die Verhandlungen in der Fabrikstelle S a n d e r t e e mit einem Vergleich geendet, wonach sich der Stundenlohn sofort um 2 1/2 A, also auf 50 A erhöht.

In Wingen ist gleichfalls bei den Verhandlungen noch keine Einigung erzielt worden.

In Quakenbrück, wo unser bisheriges Vertragsverhältnis am 1. April abgelaufen war, fordern unsere Kollegen die Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 50 A.

#### Gau Cöln.

Die Baufirma Wix aus Dortmund fährt in Cöln verschiedene Bahnüberführungen aus. Obwohl die Arbeiten unter dem Tarifvertrag fallen und die Firma auch Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, läßt sie 11 statt 9 1/2 Stunden pro Tag arbeiten und zahlt 5 und 10 A pro Stunde weniger als der Tarif vorschreibt. Vor einiger Zeit traten nun die in Frage kommenden Organisationen zur Einführung der tariflichen Bestimmungen an die Firma heran. In einem Antwortschreiben sprach die Firma den Arbeiterorganisationen die Kompetenz für die Regelung der Angelegenheit ab. Mit diesem Schreiben befohlen sie am 29. April die bei Wix beschäftigten Arbeiter und beschloßen einstimmig, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis Wix den Vertrag, wie er in Cöln maßgebend ist, in vollem Umfange anerkannt hat. Die Arbeitseinstellung am 30. April erfolgte einmütig.

Aus Siegen wird uns über den Streik in Herborn (S a n d e r t e e n a n t a l l) geschrieben: Nachdem die Firma W i s c h e r eingesehen, daß die Streikenden ihren Leistungen nicht folgen, hat sie zwei ihrer Poliere auf den Streitzweck ausgezahlt. Die Wüße dieser Leute, die sich sonst als Freunde der Streikenden aufspielten, sollte aber schlecht belohnt werden. Erst einiger Tage gelang es ihnen nicht, den nötigen Erlag herbeizuschaffen. Montag, den 26. April, kam jira eine Mandat (Maurer und Bauarbeiter) an, die Unternehmer sollten sich des Erfolges jedoch nicht lange erfreuen. Bis Sonnabend, den 1. Mai, gelang es den Streikenden, die Zugerieten bis auf zwei Mann abzuschließen. Eine recht ruhige Tätigkeit entfaltete die Polizei. Schon nach Ausbruch des Streiks schrieb das Amtsblatt: Für Schutz der Arbeitswilligen ist genügend Sorge getragen. Wie sieht nun dieser Schutz aus? Bei dem Eintreffen des ersten Zuges verfuhr der Polizeibeamte Kringberg, im Wartesaal des Bahnhofs einem Maurer die Ausübung des Koalitionsrechtes zu unterbinden, indem er ihm verbot, mit den Zugerieten zu sprechen. Als dem Beamten bedeutet wurde, daß er dazu kein Recht habe, zog er sich zurück. Ein Mitarbeiterplan von Streitzweck wollte sich das Eingreifen des Polizeibeamten zumutend machen und bedrohte unsere Kollegen. Andre Zugerieten hielten ihn zurück. Das schied der eifrige Beamte nicht bemerkt zu haben; denn dem Streitzweck geschah nichts. Als der betreffende Kollege mit einem Zugerieten eine Strecke Weges ging und sich mit ihm unterhielt, kam der Polizeibeamte mit

schneilen Schritten dem zurückkehrenden Kollegen entgegen und schrie ihm im Unteroffiziersston an: Wenn Sie nochmals die Leute belästigen, führe ich Sie dem Bürgermeister vor.“ Man sieht, daß die Streikpolizei keine Rücksicht und lassen sich durch einen solchen Ton nicht einschüchtern, was dem Beamten in ruhiger Weise erklärt wurde. Wir Bauarbeiter sind es ja gewöhnt, daß die Behörden bei Lohnkämpfen oft sehr nervös sind. Aber selbst in Orten, wo es hart hergeht, dürfte es kaum vorkommen, daß sich das Oberhaupt der Gemeinde in den Streit persönlich einmischt. Man überläßt das Überwachen der Streikenden gewöhnlich den Polizisten und Nachwachtern. Der Herbornner Bürgermeister scheint anderer Meinung zu sein. Als am Montag mittags ein Kollege mit drei Zugerieten nach der Stadt ging, schrie ihm am Marktplatz plötzlich eine Person in Zivil an: Mann, treiben Sie es aber in Herborn nicht zu hoch, sonst sollen Sie sehen, was Ihnen passiert; am Bahnhof hätte man Sie schon halb verprügelt.“ Der Kollege hatte aber auch vor der Zivilperson wenig Respekt und erklärte ihm, daß er sich von niemand Vorwürfen machen lasse. Ein Spießbürger bedrohte hierauf den Kollegen und stellte ihm eine tüchtige Verprügelung in Aussicht. Die andre Person verschwand hierauf in dem Hausflur des Rathhauses, sie schien die Bedrohung nicht gebürt zu haben; es wurde behauptet, es sei der Bürgermeister gewesen. Verschiedene Kollegen sind bedrohlich notiert worden, auch einige, die gar nicht am Streik beteiligt sind. Durch solche Maßregeln politisch wird die Einigkeit der Bauarbeiter nicht beeinträchtigt, im Gegenteil, die Solidarität verstärkt, und die Arbeiter lernen einsehen, wo ihre wahren Freunde und wo ihre Feinde zu suchen sind. Vorkünftig hat die geperrte Firma zwei Hausreißer; damit kommen die Bauten nicht hoch und wenn man ein Echo Genbarmen nach Herborn bräute.

#### Gau Dresden.

Am 1. Mai haben die Baumunternehmer Demmler in Magdeburg, Ulrich in Pirna und Niehe in Riesa den bereits bewilligten Lohn, der schon einmal ausbezahlt war, wieder abgezogen. Es ist aus diesem Grunde die Arbeit von neuem niedergelegt worden.

#### Gau Erfurt.

Der Streik in Greuzburg ist am 26. April siegreich beendet worden. Bereits mittags erklärte Maurermeister Hort, die Forderung bewilligen zu wollen und stellte auch sofort einige Mann ein, die übrigen bestellte er für Dienstag früh. Maurermeister Notmann wollte durchaus nicht kapitulieren, sah aber schließlich doch ein, daß er allein nichts mehr ausrichten konnte und zog sich abends 8 Uhr durch Vermittlung des Bürgermeisters. Hierbei gab er selbst zu, daß es ihm weniger um das Geld, als um die Blamage zu tun sei, da er doch um seiner Kundtschaft nicht jagen könne, er habe etwas erungen. Vor dieser Blamage hätte er sich ja schützen können, wenn er uns gleich entgegengekommen wäre.

#### Gau Hamburg.

Zur Lohnbewegung der Betonarbeiter in Hamburg schreibt uns die Zweigvereinstellung: Nachdem in einer am 25. April abgehaltenen öffentlichen Versammlung einstimmig beschlossen worden war, den Unternehmern auf den im Vorjahre begangenen Tarifbruch mit neuen Forderungen zu antworten, beschäftigte sich am 29. April eine Sektionsversammlung mit der gleichen Angelegenheit. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, den Unternehmern am 1. Mai folgende Forderungen zu unterbreiten: Zementarbeiter, Zementierer, Mischer, Einhalter und Bugerträger pro Stunde 80 A Lohn, für die Hilfsarbeiter 70 A. Die Forderung bedeutet gegen die früheren tariflichen Sätze eine Lohnerhöhung von 10 A pro Stunde. Für Überstunden werden 10 A Aufschlag gefordert. Die Antwort der Unternehmer wird bis zum 5. Mai erwartet. Am gleichen Tage findet abends eine Versammlung statt, in welcher einmütig über die Arbeits-einstellung Beschluß gefaßt werden soll. Nach dem bisherigen Verhalten der Unternehmer ist an einer Arbeits-einstellung nicht zu zweifeln. Der Zuzug von Betonarbeitern nach Hamburg ist deshalb fernzuhalten.

Die Unternehmer wollen es anscheinend noch vorzeitig zum offenen Konflikt treiben; denn die Firma H a g e m a n n hat die Betraumskämmer der Arbeiter gemäßiget; angeblich wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai; es ist jedoch klar, daß die bevorstehende Lohnbewegung zu diesem herausfordernden Vorgehen mit beigetragen hat.

#### Gau Hannover.

In Gammelsdorf-Münden will nun auch die Polizei nicht zurückweichen, wenn alle über die Streikenden verfährt. Am 24. April hat sie folgende Bekanntmachung erlassen:

Die unabhängigen Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter werden hiermit darauf hingewiesen, daß nach mehrfachen gerichtlichen Entscheidungen das Streikpolizeistehen eine Verletzung des § 369 Nr. 11 enthält, und werden sie daher hiermit aufgefordert, Streikpolizei nicht mehr zu stehen.

Weiter macht sich nach § 1 der Polizeiverordnung vom 9. Februar 1900 derjenige strafbar, welcher den zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf der öffentlichen Straße ergangenen Aufforderungen der Aufsichtsbeamten nicht unbedingt Folge leistet.

Gammelsdorf-Münden, den 24. April 1909.

Die städtische Polizeiverwaltung.

W e i ß e r.

Unsere Kollegen werden sich von diesem Herrn Weißer nicht horschreiben lassen, welchen Gebrauch sie von ihrem Koalitionsrecht machen wollen. Wenn es nötig ist — und es wird natürlich stets nötig sein — so werden sie Herrn Weißers Gebot unberücksichtigt lassen müssen. Kommt Herr Weißer dann mit Strafmandaten, so werden ihm jedenfalls die Gerichte zeigen, wie weit seine Macht geht.

Uebrigens soll Weißer nicht ein so fürchterliches Deutsch zusammenzuschreiben; mag er sich ein andermal seine Bemerkungen, bevor er sie veröffentlicht, von einem halbwegs fasseltischen Polizeibeamten durchsehen lassen.

#### Gau Lübeck.

Am 27. April sind unsere Kollegen in Dargun i. M. in den Streik eingetreten, nachdem angebotene Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren. Gefordert wird ein Stundenlohn von 40 A, Zuschläge für Land-, Sonntag-, Nacht- und



25. Suhl 200 A & 25. Stahlfurt 800 A & 25. Salom 400 B & 40. 25. Speyer 1 E & 300. Sternberg 1 M. 75 A & 25. Stief 10 E & 50. 600 A & 25. Strohloß 400 B. 50. Schmidberg 100 A & 25. Schläse 200 A & 25. A. 75 A & 25. 20. E & 50. Saarnund 200 A & 25. Schönbach 600 B & 45. 200 K & 10. Stuttgart 600 A & 25. Schlegel 10 E & 50. 100 A & 25. St. Johann 500 E 50. 3000 B & 65. 10000 B & 60. Striegg 10 E & 50. 5000 B & 10. 2000 B & 45. 1000 A & 25. Strügan 10 E & 50. 50 L & 25. Schieswig 200 K & 10. Sültingen 200 B & 40. 25 A & 25. Schmöwe a. B. Spre 50 B & 45. Schmöwe 20 E & 50. Schönfließ 400 B & 30. 100 A & 25. 5 E & 150. Slegen 100 B & 25. Schörmgenfeld 400 B & 55. 10 E & 50. Travandine 50 B & 40. 25. Treuenbriegen 100 B & 30. 400 B & 45. 10 E & 50. Tübingen 50 E & 50. 50 A & 25. Tucht 50 A & 25. Tschale 10 E & 50. 10 E & 150. Triesch 100 B & 30. Tanagerhütte 600 B & 40. 100 A & 25. 2 E & 150. Tanagerhütte 600 B & 40. 200 B & 50. 200 K & 10. Tautenhain 5 E & 10. Teufener 400 B & 40. 50 E & 50. 20 E & 150. Trebitz 10 E & 50. Heften 600 B & 50. 100 A & 25. Heften 100 A & 25. 30 E & 50. Unterweißbach 400 A & 20. Wiltershausen 60 B & 35. 4. 10 E & 50. Weichau 100 A & 25. Werden 800 B & 55. Wyl 200 B & 55. 4. 100 L & 10. Wollin i. Sa. 100 B & 60. Wolde 800 B & 40. 50 B & 30. 100 A & 25. Werbau 200 A & 25. Waldenburg i. Schl. 20 B & 65. Walfenried 600 B & 40. 50 B & 45. Wittberg (Bez. Halle) 10 E & 150. Würzburg 3000 B & 50. 25 E & 50. 600 A & 25. Weimar 400 B & 25. 400 B & 50. Wilhelmshafen 100 K & 10. Wiffler 400 B & 55. 50 A & 25. 10 E & 50. Werber 200 B & 60. Wernemünde. 400 B & 55. 100 A & 25. 10 E & 50. 1 E & 300. Wittmund 20 E & 50. 400 K & 10. 400 B & 40. 200 B & 60. Waldheim 10 E & 50. Reitz 3000 B & 45. 4. 25 E & 150. Rehdorf 100 B & 40. 400 A & 25. Zellin 100 B & 55. 50 B & 35. 100 A & 25. 25. Zörbig 300 B & 30. Zafna 50 A & 25. Zechau 600 B & 50. 10 E & 50. 100 L & 20. Zerbst 100 A & 25.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Th. Rebele - Braunschw. (Verb. - Nr. 12 623), Alwin Espe - Hannover (81 147), Ad. Gröbmann - Darmstadt (93-927), Friedr. Rabe - Darmstadt (139 576), Gg. Mayers - Darmstadt (198 596), Joh. Wolfenwieder - Neuenburg (335 540), Gg. Wölff - Neuenburg (351 120), Gustav Baul - Limbach i. S. (384 370), F. Schmidt - Düdelndorf (244 792), Carl Weber - Gumbel (18 181), Fritz Gammann - Lindenau (81 874), Wilh. Wolmann - Gumbel (54 455), Frz. Füllig - Senftenberg (160 542), Friedr. Wölff - Gumbel (169 214), W. Bodenbagen - Pötenem (195 263), Em. Puff - Gumbel (228 258), August Teobald - Gumbel (228 275), Joh. Schrammer - Gumbel (228 672), Gg. Waier - Gumbel (248 893), Otto Rehmann - Trebitz (249 841), Albert Berth - Mühlent (252 573), Leopold Poppe - Zillit (294 486), Otto Schumann - Lützen (322 903), Aug. Loh - Treuenbriegen (325 166), Karl Krug - Reitz (335 599), R. M. Kluge - Treuenbriegen (444 447), Joh. Kolbe - Treuenbriegen (444 653), R. Klingauf - Reitz (451 554), C. Luitz - Reitz - Regenwalde (474 455), Joh. Wolke - Gumbel (315 417), Konrad Umbach - Gumbel (181 070), W. Steiner - Reitz (159 970), Heinrich Pflaume - Düdelndorf (265 201), G. Gottschalk - Frankfurt a. M. (272 640), M. Schaub - Straßburg i. Elz. (302 482), W. Schayer - Hannover (368 821), W. Wölff - Hannover (368 843), W. Dingel - Hildesheim (386 321), E. Schumann - Bodum (498 085), Fritz Eid - Bodum (311 705), G. Sternberg - Hamburg (26 039); außerdem noch die Mitgliedskarten der Kollegen G. Raschberger (529), W. Wölff - Stuttgart (14 369), R. Schindler - Dresden (19 770), Gebr. Marquart - Gumbel (8447).

**Aufgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Hagen i. W.: Albert Pilger, geboren am 17. April 1875 zu Grünwalde (Verb.-Nr. 76 083); Erich Philipp Schäfer (318 338), Jakob Kraft (809 729), Heinrich Feh (472 380); Herten: Wilhelm Widert, geboren am 2. Mai 1874 zu Seeberg (90 160).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.  
Der Vorstand.

**Berichte.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.**

**Bauten.** Am 28. April tagte in Bauten eine gut besuchte Mitgliederversammlung, die sich in der Hauptsache mit der Frage der Vorstandwahl beschäftigte. Schon in der Versammlung vom 7. April wurde das Verhalten einer Anzahl Kollegen scharf kritisiert, da diese dem in diesem Jahre besonders hervortretenden Bestreben einiger Unternehmer, alle Arbeiten in Nord ausführen zu lassen, willig, ja anheimelnd mit besonderer Vorliebe nachgaben. Der letzten Versammlung blieb es nun vorbehalten, endgültig über diese Frage zu entscheiden. Nach längerer Debatte, in der sich alle Redner ihrer Schädlichkeit wegen gegen die Vorstandwahl aussprachen, wurde einstimmig beschlossen, in Zukunft nicht mehr in Nord zu bauen; Zwischendurch sollen mit Ausschluß aus der Organisation bestraft werden. Folgende daraus entstehenden Differenzen auf dem Bau sind der Zeitung sofort zu melden, die verpflichtet ist, einzugreifen. An den Kollegen wird es nun liegen, diesen Beschluß zu respektieren, was für Bauten nicht schwer fällt. Aber auch den Kollegen der nächsten größeren Städte, die in größeren oder kleineren Kolonnen in den kleineren Städten eine oft recht zweifelhafte Gastrolle geben, ist zu empfehlen, diesem Beschluß die nötige Beachtung zu schenken.

**Berlin.** Am 21. April (Bericht eingegangen am 3. Mai), tagte im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Sektion der Gips- und Zementbranche. Quersitt erklärte der Kassierer Dersel den Kassierenbericht vom ersten Quartal. Die Einnahme betrug inklusive des alten Bestandes am Schlusse des Jahres 1908 von M 14 447,47, die Ausgabe M 7049,95, hieraus sind M 3221,67 an den Zweigverein Berlin abgeführt. Am Schlusse des Quartals bleibt ein Bestand von M 7488,27 für Streifbeiträge vom Jahre 1907 wurden M 804,30 eingeommen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 1228. Ein Kassen für Darlehen wurde beantragt. Der Kollege Gaele erklärte hierzu, daß er sowie der Kollege Dersel für diese Summe voll und ganz einstünden. Hierauf wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt nahm die Versammlung Stellung zum 1. Mai. Der Antrag des Sektionsvorstandes, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, wurde einstimmig angenommen. Kollegen, die wegen der Arbeitsruhe ausgepörrt sind, werden vom 3. Mai an unterrichtet. Unter „Verschiedenes“ wurde eine Wendung des bestehenden Regulativs zum Arbeitsnachweis vorgenommen. Der Kollege Gaele unterbreitete der Versammlung die Vorschläge des Sektionsvorstandes, die sich aus der veränderten Situation als dringend notwendig erwiesen haben. Nach reichlicher Diskussion über die einzelnen Absätze des Regulativs, wurde es in der Fassung des Vorstandes angenommen: 1. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich für alle Arbeiter von Berlin und Umgebung, die die Bestimmungen des geltenden Tarif in innehalten, und an auswärtige Arbeitgeber, bei denen Differenzen nicht vorliegen, und wird an allen Wochentagen in der Weise ausgeführt, daß im Sommerhalbjahr von 5½ bis 6½ Uhr arbeitslose Kollegen eingetragen und von 6½ Uhr an die eingelaufene Arbeit ausgegeben wird. Im Winterhalbjahr beginnt das Einschreiben eine halbe Stunde früher. 2. Eingetragen werden alle Kollegen, sofern sie dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin, Sektion der Gips- und Zementbranche, angehören. Einzutragende Kollegen dürfen mit ihren Beiträgen nicht länger als neun Wochen im Rückstande sein und müssen das bisherige Arbeitsverhältnis auch wirklich gelöst haben. 3. Die Arbeit wird der Reihe nach an die eingetragenen Kollegen ausgegeben. Für besondere Arbeiten kann außer der Reihe vermittelt werden, sobald der Arbeitgeber nachweisen kann, daß der von ihm gewünschte schon vorher in solcher Stellung bei ihm gearbeitet hat, oder falls sich für die eingelaufene Stelle der Reihe nach niemand findet. 4. Wird jemand ohne sein Verschulden innerhalb dreier Tage, nachdem er vermittelt wurde, wieder entlassen und meldet sich während dieser Frist im Arbeitsnachweis zurück, so bleibt derselbe unter der Nummer eingeschrieben, unter der die Einschreibung und Vermittlung das erste Mal erfolgte. 5. Der im Arbeitsnachweis eingetragene Kollege hat sich in jeder Woche einmal am Freitag im Nachweis zu kontrollieren zu lassen. Unterläßt er diese Kontrolle, gilt er als in Arbeit stehend und wird im Nachweis gestrichen. 6. In den Namen des Arbeitsnachweises ist jeder Kollege verpflichtet, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Kollegen und Arbeitgeber, welche den Anordnungen des Arbeitsvermittlers nicht Folge leisten, brauchen nicht berücksichtigt zu werden. 7. Beschwerden über unrichtige Führung des Arbeitsnachweises sind dem Vorstand der Sektion der Gips- und Zementbranche vorzulegen. Die Wahl des Arbeitsvermittlers wurde zurückgestellt bis zur nächsten Generalversammlung.

**Borkum.** Obwohl hier jetzt viele fremde Kollegen beschäftigt sind, kann man von einer Maurerbewegung nichts spüren. Ein Versammlungsort ist nicht zu haben, weil sich die anständigen Kollegen nicht um Organisationsangelegenheiten bekümmern. Sie arbeiten 11½ Stunden und denken gar nicht daran, eine Besserung der fälschlichen Arbeitsverhältnisse anzustreben. Der Stundenlohn beträgt 50 ¢, nur am Neubau des Hotels „Kaiserhof“ werden 55 ¢ gezahlt. Wenn hier etwas geschehen soll, so muß es bald geschehen; denn in sechs Wochen ist es mit der Arbeit vorbei. Die Kollegen werden darum aufgefordert, sich Montag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, am Bahnhof einzufinden, dort wird dann mitgeteilt werden, wo wir uns über die zunächst zu tuenden Schritte verständigen. Aber kein Kollege darf fehlen!

**Chemnitz.** Unsere Mitgliederversammlung am 28. April war gut besucht. Nach einem Vortrage des Genossen S. Bartels über den Kampfstreit der Arbeiter gab Kollege Gaele den Kassierenbericht vom ersten Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Zur Maifeier wurden folgende Anträge gestellt: 1. Die Arbeit hat am 1. Mai auf allen Arbeitsplätzen in Chemnitz unbedingt zu ruhen. 2. Alle Kollegen, die aus irgend einem Grunde nicht feieren können, haben 1 in die Kassafrage zu zahlen. Nach längerer Diskussion wurde der erste Antrag angenommen, der zweite aber abgelehnt. Weiter beschäftigte man sich mit der Beihilfenfrage. Es wurde den Kollegen ans Herz gelegt, den Lehrling nicht als Ausbeutungsobjekt zu betrachten, sondern in ihm einen zukünftigen Kollegen zu sehen. Beschlossen wurde, 50 Exemplare der „Arbeiterjugend“ den Lehrlingen, die im zweiten und dritten Jahre lernen und nicht die Kaufschule besuchen, unentgeltlich zuzustellen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde es scharf kritisiert, daß am Neubau des Volkshauses zwei Poliere angestellt sind, die unter Organisation schon manches Hindernis in den Weg gelegt haben; einer war 1907 Mitglied, mußte aber wegen Streiftrübs ausgepfiffen werden. Man hielt es für unbillig, bei solchen Leuten, und zumal noch an einem Arbeitermittelpunkt, weiterzuarbeiten, und beauftragte den Vorstand, beim „Verein Volkshauses“ sofort die nötigen Schritte für Beseitigung dieser Poliere zu unternehmen.

**Duisburg.** Der hiesige Zweigverein hielt am 25. April im „Gambirius“ seine gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Kamm, teilte das Ergebnis der Kranentalenwahl für Fabrikarbeiter und Arbeiter des Baugewerbes mit, wonach die freien Gewerkschaften 904 und der christliche Mißmach 588 Stimmen erhielten. Obwohl die Liste der Christlichen usw. mit den Namen von nicht weniger als 27 Maurerpolierern geziert war, wozu noch eine gemeine Kampfbewegung kam, war es nicht möglich, das Vertrauen der Kassiermitglieder zu der jetzigen Verwaltung

zu erfüllen. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, den Kollege Karl Müller gab, ist zu erwähnen, daß die Behebung der Konjunktur auch auf die Organisation vorteilhaft gewirkt hat. Die Mitgliederzahl stieg von 298 im vierten Quartal 1908 auf 419. Neu aufgenommen wurden 86 Kollegen zum erstenmal und 12 zum zweitenmal. Die Zunahme der Mitglieder könnte noch viel größer sein, wenn sich jeder zugereichte Kollege rechtmäßig anmeldete. Aber hierin herrschen mißliche Zustände. Dies trifft, das muß gesagt werden, vornehmlich bei den Kollegen von Ober-Schlesien zu. Wenn auch einige Ordnung halten, aber die meisten müssen aufgeschoben werden. Räten wir das nicht, so würden viele das ganze Jahr hier arbeiten, ohne sich anzumelden. Und so geschieht es, daß manche jedes Jahr neu aufgenommen werden müssen. Bei dem Abmelden trifft daselbe zu. Ein leidiger Zustand, der unter Mitwirkung aller beseitigt werden muß. Wochenbeiträge wurden 1899 entrichtet, Wintermarken 1890 a 20 ¢. Wenn auch der lange Winter mandem Kollegen Wunden geschlagen hat, so könnte aber bei gutem Willen die Zahl der Wochenbeiträge um mindestens 400 höher sein. Dies wird nicht eher besser werden, bis daß das Baudelegiertenwesen eingeführt ist, und auf den Baustellen die notwendigen Maßnahmen zur Kontrolle getroffen werden. Die Kassafrage hatte in Einnahme und Ausgabe M 917,20. Die Kassafrage eine Einnahme inklusive Bestand von M 2714,50 eine Ausgabe von M 819,32, mithin einen Bestand von M 1895,18. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Als Delegierte zu der am 16. Mai in Gernie stattfindenden Gaukonferenz wurden die Kollegen Karl Müller und Paul Reich gewählt. Zur Maifeier wurde es jedem zur Pflicht gemacht, da, wo es irgend angängig ist, die Arbeit ruhen zu lassen, und an den stattfindenden Veranstaltungen teilzunehmen. Einem in Not geratenen Kollegen wurde durch Beschluß der Betrag für 13 Wochenbeiträge aus der Kassafrage zugesprochen.

**Frankenberg i. S.** Am 24. April hielten wir eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer gab den Kassierenbericht. In der Diskussion wurde die mangelhafte Tätigkeit der Revisoren gerügt. Die Abrechnung war nur von einem Revisor geprüft worden und jeder war nicht in der Versammlung erschienen, so daß der Kassierer auch nicht entlastet werden konnte. Dann gab der Vorsitzende das Lohnangebot der Unternehmer bekannt. Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Alle Redner waren der Meinung, daß wir uns mit 1 Lohn-erhöhung nicht zufrieden geben könnten. Es wurde darauf beschlossen, den Unternehmern die alte Forderung von 48 ¢ wieder zu unterbreiten. Unter „Gewerkschaftliches“ kamen recht unliebsame Sachen zur Sprache. Anlag hierzu kamen mehrere Kollegen, die trotz großen Arbeitsangebots immer noch nach auswärts fahren und obendrein in Nord arbeiten. Öffentlich werden die Kollegen bald von ihrem schädlichen Treiben ablassen. Nur wäre den Frankenger Kollegen zu raten, auch bei der Kritik etwas sachlicher zu bleiben und nicht einen solchen Sauerbrotan aufzuschlagen, wie in dieser Versammlung. Kollege Koch von Reitzig, der zu dieser Versammlung erschienen war, suchte mehrfach die aufgereizten Gemüter zu beschwichtigen, aber vergebens. Mit eigenartigen Gefühlen wird er wohl von uns gegangen sein.

**Gera.** In unserer Versammlung am 27. April erstattete der Vorsitzende den Bericht von der Bauarbeiterkonferenz in Dresden. Nachdem dann nach längerer Debatte beschlossen worden war, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, wurde die am 14. und 15. April aufgenommene Lohn- und Bautenstatistik bekanntgegeben. Es wurde festgestellt, daß bei 33 Baugeschäften auf 67 Bauten 41 Poliere, 484 Gefellen und 64 Lehrlinge beschäftigt sind. An Böden erhalten pro Stunde 49 ¢ 1, 48 ¢ 14, 47 ¢ 389, 46 ¢ 3, 45 ¢ 4, 44 ¢ 3, 42 ¢ 3 Gefellen. Von den 57 Bauten sind 54 Neubauten und 3 Umbauten. Davon sind 15 im Kellergeschloß, 9 im Parterre, 5 in der ersten Etage usw., 22 Bauten sind im Ruß begriffen. An großen Reparaturen sind 19 in Arbeit. Die Rangenberg Kollegen werden demnächst in eine Lohnbewegung eintreten.

**Henne-Reddinghausen.** Von der „Vertragsstreue“ unserer Baugewaltigen im Industriegebiet haben wir schon manche Probe erhalten. Diese „Kreue“ wird jedesmal dann ausdrücklich betont, wenn einmal ein Arbeiter aus Unkenntnis eine untergeordnete Bestimmung des Vertrages verliert, sobald es sich jedoch um Pflichten der Unternehmer handelt, geht man sich streußlos über die Bestimmungen des Vertrages hinweg. Derselben Leute, die sehr oft mit dem Ehrenwort um sich herum werfen, halten es nicht für schuldig, das den Arbeitern gegebene Wort zu brechen. So läßt die Firma Werthold & Nägeberg aus Reddinghausen in Güls 11 bis 12 Stunden arbeiten. Zwar behauptet die Firma, es würde niemand zur Überarbeit gezwungen. Eigentlich ist es jedoch, daß unsere Kollegen so nach und nach unter allen möglichen Vorwänden entlassen werden, während die unorganisierten Kolonnen und der größte Teil der Christlichen, weil sie länger arbeiten, nicht entlassen werden. Auf diese Weise wird solange „gefeilt“, bis man nur noch Knechte statt Männer hat. Der Unternehmer Wörmann aus Oberhausen führt einen Teil der Schlichtungskommission mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, erklärte der Polier Zabel in Gegenwart unsrer Kollegen S.: „Von Morgen an wird tarifmäßig, elf Stunden, gearbeitet.“ So verböhnt dieser Mensch noch die Beschlüsse der Schlichtungskommission. Auch die Firma Wörmann aus Bodum läßt an denselben Neubauten 11 bis 12 Stunden arbeiten. Kollegen, die sich nicht fügen, fliegen hinaus. Hier besuchten unsere Kollegen schon einmal, die Verhältnisse dadurch zu bessern, daß sie die Arbeit niederlegten. Aber auch hier waren es eifrige Christlichen im trauten Verein mit Unorganisierten, die den Erfolg bereiteten. Die Schlichtungskommission hat in allen Fällen den Unternehmern aufgegeben, den Vertrag zu halten, ohne jedoch etwas andres als Lohn zu erteilen. Da wäre es nun an der Zeit, stärker gegen diese Unternehmer vorzugehen. Infolge des recht eigenartigen Verhaltens der Christlichen jedoch, die ein gemeinsames Vorgehen mit uns ablehnen, sind die traurigen Zustände leider nicht zu bessern. Es erweist sich den Anschein, als ob man seitens der Christlichen Dinge gesen lassen will aus Furcht, Mitglieder zu verlieren.

Aus diesem Grunde verweigert man auch einen Teil der Mitglieder, die länger arbeiten. Einen eigenartigen Standpunkt scheinen die Unternehmer zu der Affordarbeit einzunehmen. In einem Differenzfall unserer Kollegen mit der Firma Biegler aus Wesel an dem Neubau der Eisenbahnverhältnisse in Necklinghausen betrat Herr Schmiedehaus die Ansicht, die Affordarbeiter dürften länger als täglich zehn Stunden arbeiten, da die Affordarbeit der freien Vereinbarung unterliege. Man muß über eine derartige Auffassung wirklich kauen. Würde man nicht, daß die Unternehmer mit allen Mitteln versuchen, die ihnen unangenehmen Bestimmungen des Vertrags zu durchbrechen, so könnte man versucht sein, anzunehmen, daß deren geistige Fähigkeiten nicht ausreichen, den Inhalt der tariflichen Bestimmungen zu erfassen. Bei dem nächsten Vertragsabschluss wird es unsere Aufgabe sein müssen, den einzelnen Bestimmungen eine Form zu geben, die es dem Herrn Schmiedehaus unmöglich macht, ihnen eine andre Deutung zu geben, als beabsichtigt war.

**Leipzig.** Der Zweigverein hielt am 27. April im Volkshaus eine Mitgliederversammlung ab. Genosse Ripinski referierte über: „Die Entwicklung des Arbeiterkampfes.“ Der lehrreiche Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zur Waifeier, entspann sich eine längere Debatte. Der Kollege Junold protestierte unter Zustimmung der Versammlung gegen die Schreibweise in Nr. 14 des „Grundstein“. Kollege Bestfeld stellte den Antrag, daß jeder Kollege den 1. Mai zu feiern habe. Obwohl dieser Antrag von einigen Rednern bekämpft wurde, wurde er gegen nur wenige Stimmen angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß jeder Kollege, der die Arbeit ruhen läßt, auf dem Festplatze einen Stempel ins Verbandsbuch erhalten soll. Aus dem Bericht des Kassierers war zu entnehmen, daß die Hauptkasse im ersten Quartal mit M 6410,95 bilanziert. Die Kassa hatte inklusive des Kassenbestandes vom letzten Quartal 1908 eine Einnahme von M 90 031,35 und eine Ausgabe von M 3519,42. Demnach bleibt ein Kassenbestand von M 86 511,93. Die Abrechnung wurde einstimmig richtig gesprochen. Unter „Verursachungen“ berichtete der Vorsitzende über verschiedene Gesuche um Wiederaufnahme. Die Gesuche von Bogt und Renner wurden abgelehnt. Wegen Bogt erhielt ein Kollege acht Tage Gefängnis. Renner hat noch rückständigen Lohn zu zahlen. Das Gesuch von Blum wurde als erledigt betrachtet. Ebenfalls als erledigt betrachtet wurde das Aufnahmegesuch des Maurers Ebeling. Ebeling war aus dem Zentralverband aus- und in die Freie Vereinigung eingetreten. Er wollte nun, nachdem er aus der Freien Vereinigung ausgetreten ist, bei uns wieder eintreten, aber nur unter der Bedingung, daß er seine früheren alten Rechte wiederbekomme. Es mußte ihm aber gesagt werden, daß dies fakturistisch unzulässig sei. Der Maurer Meyer wurde wieder aufgenommen. Ferner wurden die wegen Ueberveranbarung bekräftigten Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß sie in nächster Zeit ihre Beiträge bezahlen müßten, andernfalls sie den Ausschluß zu gewärtigen haben. Der Kollege Böhm soll entgegen dem bestehenden Versammlungsbeschlusse, Bus in Afford übernommen haben. Diese Sache wurde dem Vorstand zur Untersuchung überwiesen.

**Lüdenscheid.** Am 25. April tagte unsere Generalversammlung. Infolge des herrlichen Wetters war der Besuch leider gering. Vertreten waren die Zahlstellen Altana, Werbold, Eweling und Eberling. Nicht erschienen waren die Delegierten von Meinerzhagen, Halber und Hierspe. Der Quartals- und Reinertrag berichtete im Quartal noch keinen Aufschwung. Infolge der Arbeitslosigkeit hatte die Hälfte der Mitglieder noch keine neuen Vertragsmarken geklebt. Es sind im ersten Quartal 249 alte und 280 neue Vertragsmarken, 11 Eintrittsmarken und 88 Arbeitslosensmarken verkauft worden. Die Einnahme der Kassa betrug M 1889,57, die Ausgabe M 718,96, mithin bleibt ein Bestand von M 975,61. Beim Bericht von der Hausagitation wird mitgeteilt, daß in der ersten Woche des neuen Quartals bereits 17 neue Mitglieder gewonnen wurden. Besonders günstig ist die Arbeitslosigkeit in den Zahlstellen Altana und Werbold, hier können arbeitslose Kollegen noch Arbeit finden. Sie mögen sich neben dem Kollegen Karl Gattung in Werbold, Neuenradestraße 289, und in Altana beim Kollegen Hermann Schneider, Rettestraße 5. Zur Besichtigung der Generalversammlungen wurde beschlossen, daß die Zahlstellen verpflichtet sind, auf bis 20 Mitglieder einen Delegierten und auf jede 10 weiteren Mitglieder einen Delegierten mehr zu entsenden. Beim Bericht von der Lohnzahlung nach dem 1. April, wurde mitgeteilt, daß die Unternehmer Schöttler von Lüdenscheid und Wirtmann von Halber den Tariflohn nicht gezahlt haben. Die Schlichtungskommission ist angerufen worden. Beim Punkt „Presse“, berichtete der Geschäftsführer der neugegründeten Genossenschaftsdudereci, Genosse Bauder, daß unsere „Volkstimme“, die seither als Kopffalt erschien, vom 1. August an in Lüdenscheid in eigener Druckerei hergestellt wurde. Er ermahnte die Kollegen, soweit wie möglich Mitglied der Genossenschaft zu werden, und dadurch eine neue Waffe im Freiheitskampf ergriffen zu machen. Zur Hausaufwertung werden zwei Delegierte gewählt.

**Marxsaß.** Unsere Versammlung am 28. April nahm die Abrechnung vom ersten Quartal entgegen. Zur Waifeier wurde nach längerer Debatte allgemeine Arbeitsruhe beschlossen. In der darauffolgenden Aussprache über die Verschönerung wurde gewünscht, daß bald ein Referat darüber gehalten werden möge. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur besseren Beteiligung an der Arbeitslosenzählung auf.

**Reisdam.** Die am 20. April abgehaltene Maurerverammlung nahm zunächst die Abrechnung vom ersten Quartal entgegen, die eine Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse von M 449,35, eine Einnahme der Kassa von M 2254,59 und eine Ausgabe von M 712 aufwies, so daß hier ein Bestand von M 2542,50 vorhanden ist. Den Hauptpunkt der weiteren Tagesordnung bildeten die Tarifverhältnisse im Gewerbe. Nach den Tarifabmachungen von 1907 mußte mit dem 1. April d. J. eine Lohnerhöhung von 65 % auf 87 % eintreten. Die Maurermeister Grabtowski, Behrend und Wehert hatten sich geweigert, diese Erhöhung einzutreten zu lassen, ja teils hatte man sogar

Büsten zur Unterschrift vorgelegt, wonach sich die Maurer verpflichten sollten, auf die Lohnerhöhung zu verzichten. Der Vorsitzende Grabtowski hatte nun mittlerweile mit den Unternehmern verhandelt und gab hierauf folgendes Bild: Die Unternehmer Grabtowski und Behrend haben sich bereit erklärt zu zahlen. Die Verhandlung mit Wehert, der einer von den Unternehmern ist, die seinerzeit den Tarif um Arbeit zu erhalten. Wehert muß also die gegenwärtige mißliche Wirtschaftslage dazu aus, sich auf Kosten seiner Arbeiter den Beutel zu füllen. Was würde wohl Herr Wehert sagen, wenn der Tarifbruch von den Arbeitern gesehen wäre, indem man bei Hochkonjunktur statt 67 % 70 % verlangen würde? Man beschloß schließlich, daß die Lohnkommission mit den Unternehmern, die seinerzeit bei den Tarifabmachungen mitwirkten, aufzutreten solle, um die Angelegenheit zu regeln. Sollte eine Einigung nicht zustande kommen, soll der Arbeitgeberverband angerufen werden. Die Ende März vorgenommene Arbeitslosenzählung in unserm Gewerbe, hatte folgendes Ergebnis: Von 363 Maurern waren 129 arbeitslos und zwar 112 wegen Arbeitsmangel und 17 wegen Krankheit.

**Notitz.** Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Kollegen, die im März arbeitslos waren, nach Vorgeigung ihres Mitgliedsbuches, ihre Arbeitslosensbeiträge für Monat März bis spätestens 1. Juni beim Kassierer wieder in Empfang nehmen können.

**Schweinfurt.** Eine hier am 29. April tagende Bauhandwerker-Versammlung beschäftigte sich mit der Waifeier. Die Unternehmer hatten beschlossen, jeden Feiertag auf zwei Tage auszuweitern. Kollege Kupfer stellte sich in seinem Referat hierzu auf den Standpunkt, daß die Redaktion des „Grundstein“ kürzlich dazu vertreten hatte. Es wurde beschlossen, alle den Kollegen die Arbeitsruhe zu empfehlen, die davon keinen allzu großen Nachteil befürchten müßten. Es solle jeder nach seinem Gewissen handeln. Am 1. Mai selbst feierten, trotz der Drohung der Unternehmer, die meisten Kollegen; einige vernünftige Unternehmer stellten es den Arbeitern morgens und mittags frei, zu feiern. Auf jeden Fall haben unsere Kollegen bewiesen, daß sie die Drohungen der Unternehmer nicht fürchten.

**Stadthagen.** Der für unsere Versammlung am 2. Mai vorgelegene Vortrag über die wirtschaftliche Lage im Baugewerbe konnte leider nicht gehalten werden, weil der Referent nicht erschienen war. Für künftige Todesfälle wurde beschlossen, daß bei Todesfällen in der Stadt alle hier wohnenden Kollegen an dem Begräbnis teilnehmen müssen. Wer dabei ungenügend erschaufelt oder ganz unerschufelt ist, hat 2 Strafe an die Kassa leisten zu zahlen. Bei Veranlassung auswärtiger Kollegen soll eine Deputation den Zweigverein vertreten. Da der Unternehmer Wilfarm in Silbde den tariflichen Lohn nicht zahlte, so soll am 6. Mai eine Besprechung mit den Unternehmern stattfinden. Das für diesmal ausgefallene Referat soll in der nächsten Versammlung gehalten werden.

**Verbau i. S.** Am 27. April tagte hier im Weisfeld des Kollegen Koch vom Gauvorstande eine Versammlung des Zweigvereins, die sich mit der Lohnforderung beschäftigte. Nach dem Referat des Kollegen Koch beschloß man, 45 % zu fordern, bisher betrug der Lohn 41 %. An diese Besprechung schloß sich eine Kritik der Zustände beim Unternehmer Keller. Besonders wurden die dort vorkommenden Verstöße gegen die anerkannten Regeln der Baukunst gerügt, doch fehlt es auch nicht an Schikanen, worunter die Kollegen sehr zu leiden haben. Man wünschte, daß die Kollegen in solchen Fällen selbst mehr Mut und Lauffaß zeigen, und nicht mit jeder Sache den Vorstand belästigen, denn der hat so schon Arbeit genug. Zum Schluß wurde zum Eintritt in die politische Organisation aufgefordert.

**Wernigerode.** Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung am 24. April, war von 20 Kollegen besucht. Nach einer Aussprache über die Teilnahmefähigkeit erriethete der Kassierer seinen Bericht vom ersten Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M 313,50, die Kassa eine Einnahme von M 1993,87 und eine Ausgabe von M 256,88, danach beträgt ihr Bestand M 1736,49. Die Abrechnung wurde für richtig befunden, und der Kassierer wurde entlastet. Von einer Arbeitsruhe am 1. Mai wurde abgesehen; es wurde aber den Kollegen ans Herz gelegt, sich an der Abendfeier gütlich zu beteiligen. Die Wahl der Bau- und Arbeiterdeputierten soll an den Arbeitsstellen vorgenommen werden. Kollege Niewerth sprach sich unter „Verhiedenes“ über die Agitation auf den Dörfern aus, worauf der Vorsitzende mitteilte, daß darin schon etwas geschähe, und Kollege Kurberg berichtete über seine Agitation in Silbde. Nach einem Hinweis auf die politische Organisation, wurde die Versammlung geschlossen.

**Wurzen.** Unsere am 22. April abgehaltene Versammlung nahm den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Da diese Sache sehr langsam fortschreitet, so soll bis zum 30. April ein endgültiger Bescheid eingeholt werden. Dann wurde über die Bauarbeiter-Konferenz berichtet. Die beabsichtigte Abrechnung vom ersten Quartal ergab eine Hauptkasseneinnahme von M 283,90, eine Kassa-Einnahme von M 1273,13, eine Ausgabe von M 157,57, also einen Bestand von M 1115,26. Am 1. Mai soll vom Mittag an die Arbeit ruhen. Bei der Arbeitslosenzählung wurden von 205 Mitgliedern 197 befragt. Davon waren 88 Mitglieder weniger als sechs Wochen arbeitslos, und 61 Mitglieder waren 6 bis 14 Wochen arbeitslos; darunter waren 52 Mitglieder verheiratet.

**Wetzlar.** Vor einer gutbesuchten Agitations-Versammlung sprach am 25. April der Kollege Max Anton-Berlin über: „Die Notwendigkeit der Organisation“. Elf Kollegen ließen sich aufnehmen. Nach dem Vortrage beschäftigten sich die Kollegen mit der Lohnfrage. Die Unternehmer haben 2 % Zulage geboten, so daß der Lohn 85 % in der Stadt und 87 % auf dem Lande betragen würde. Wir haben 87 % und 40 % gefordert. Die Kollegen waren mit diesem geringen Angebot auch nicht zufrieden, sondern beauftragten Vorstand und Lohnkommission, noch einmal mit

den Unternehmern zu verhandeln. Nach einem anfeuern den Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

**Fliesenleger.**

**Strasburg i. Elz.** Die Kollegen sind hier in einem Abwehrstreik eingetreten, da die Unternehmer den Tarif verschlechtert wollten. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

**Büsch.** Durch Telegramm wurde uns mitgeteilt, daß die Brüder Blattenleger am 3. Mai in den Streik eingetreten sind. Es ist selbstverständlich, daß jetzt kein Kollege nach der Schweiz geht.

**Holierer und Steinholzleger.**

**Kollegen Deutschlands!**

Wir richten hierdurch an alle Zahlstellenvorsitzende, nochmals die Aufforderung, so schnell wie möglich in Versammlungen Stellung zu dem Mundschreiben Nummer 9 der Geschäftsleitung zu nehmen und das Resultat der Abstimmung sofort einzuliefern. Denn ein schnelles Handeln ist unbedingt erforderlich.  
Die Geschäftsleitung. Hermann Lange.

**Berlin.** Die Firma Hannoverische Steinholzfabrik „Fama“ G. m. b. H., Filiale Berlin, Inhaber Herr Konstantin Vetter-Charlottenburg, Kanstr. 88, mit der wir in letzter Zeit über die Anerkennung des hiesigen Lohntarifs verhandelt, teilt uns mit, daß sie es ablehne, den Tarif anzuerkennen. Herr Vetter schreibt uns, er könne diesen Lohntarif deshalb nicht anerkennen, weil die darin festgelegten Stundenlöhne ihm nicht etwa zu hoch, sondern zu niedrig sind. Er zähle heute bereits bedeutend höhere Löhne an seine Leger als sie in unserm Tarif vorgelesen seien. Zunächst ist aber noch vorausgesetzt, daß wir in unserm Lohnratif festgelegte Löhne keine Maximal-, sondern Minimallöhne sind, daß also Herr Vetter seinen Gehältern nach dieser Richtung hin vollständig freien Lauf lassen konnte. Dann wird aber in unserm Lohnratif nicht nur die Lohnhöhe festgelegt, sondern er enthält noch vieles andre, was für uns Arbeiter nicht minder wichtig ist, worauf die Firma aber in ihrer großen Gerechtigkeitsliebe gar kein Gewicht legt. Denn er regelt die tägliche Arbeitszeit, welche auf neun Stunden festgelegt ist, die Baubehälter, das Fahren und die Arbeitsvermittlung. Außerdem enthält der Tarif auch hygienische Vorschriften, welche zum Schutze der Gesundheit des Arbeiters gerade in diesem überaus gesundheitsgefährlichen Beruf dienen sollen und von den hiesigen Unternehmern anerkannt wurden. Obgleich die Arbeitslosigkeit in unserm Beruf hier am Ort eine sehr große ist, zieht Herr Vetter fortgesetzt durch Inzinate Steinholzleger aus allen Gegenden Deutschlands hierher. Die Firma stellt aber auch hiesige Leger und Arbeiter ein, sobald diese unorganisiert sind und unter dem hiesigen Tarif arbeiten. Das ist ebenfalls festgelegt. Die letzte Branchenversammlung der Steinholzleger Berlins und Umgegend, welche sich mit dem Antwortschreiben der Firma befaßte, beschloß in Anbetracht dessen, die Sperre über die Firma zu verhängen. Es wird erwartet, daß die Sperre genau beachtet und Zugang streng ferngehalten wird. Die organisierten Baubauhandwerker und Arbeiter aber weisen wir außerdem noch darauf hin, daß einige von uns auswärts hier zugewandene Arbeitskräfte, welche bei der Firma beschäftigt sind, Behauptungen über unsere Organisation und den Arbeitsnachweis auf den Bauten ausstreuen, die geteilt sind, uns bei der organisierten Arbeiterschaft in ein schlechtes Licht zu bringen. Wir stellen deshalb fest, daß diese Behauptungen unwahr sind. Sie sind lediglich die vom Zweck ersehnten, unsern Verband zu schädigen und das eigene organisationsfeindliche Treiben der in Frage kommenden damit zu beschönigen. Die Arbeitgeber der Umgegend sind die hiesigen Leger G. Salid und H. Heinrich. Wes Gehaltsänder beibe sind, geht wohl zur Genüge schon daraus hervor, daß sie wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden mußten, nachdem sie bedeutend mehr Unterstützung aus unserm Verband bezogen hatten, als sie überhaupt jemals an Beiträgen bezahlt haben; der eine hat sogar noch ein Darlehen an die Zahlstelle Köln zurückzahlen. Da diese beiden Leute vielleicht in nächster Zeit in anderen Orten aufzutauchen werden, machen wir die organisierten Maurer und Bauarbeiter besonders auf sie aufmerksam. Alle Anfragen betreffs der Sperre sind an den Vorstand, Berlin O 64, Steinstr. 88 zu richten.

**Halle a. d. S.** (Eingegangen am 3. Mai.) Am 18. April hielten die hiesigen Holierer ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Kassierer den Kassenbericht gegeben und vor dem Redner die Wichtigkeit derselben bestätigt wurde, wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Alsdann wurde beschlossen, die Hamburger Ausschüsse und auch noch fernere durch Gebrüderträge zu unterstützen. Nach dem Bericht des Kollegen Georgius vom Gewerkschaftskomitee verhandelt man über die diesjährige Waifeier. Es wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Kollegen, die auswärts arbeiten, sollen sich dort bei den hier für in Frage kommenden Partei- oder Gewerkschaftsinstitutionen ihre Legitimationskarten absteampeln lassen, um zu zeigen, daß sie dort gegen Anteil an den Maidemonstrationen genommen haben. Die nächste Versammlung findet am 8. Mai, abends 8½ Uhr, statt.

**Hamburg.** Die ausgesperrten Holierer Hamburgs und deren Helfer hielten am 28. April eine außerordentliche Versammlung ab. Zur Aussprache erriethete der Vetter Bericht über die gegenwärtige Lage. Die Aussperung besteht die größte Woche und noch war keine Verhandlung mit den Unternehmern zu erzielen. Wir hielten es daher für angebracht, nochmals mit dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts durch Einigung Rücksprache zu nehmen. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts versuchte auch, mit den Unternehmern in Verbindung zu treten, bekam jedoch die Antwort, daß bei Arbeitgeberverband jegliche Verhandlung mit uns abgelehnt weil man über genügend Arbeitskräfte verfüge. Das sind nur die Leute, die uns in den Rücken gefallen sind. Ob es genügende Arbeitskräfte sind, bleibt dahingestellt, denn die von uns kontrollierten Arbeiter, welche sie liefern, waren jammervoll und teuer geworden. Aber der deutsche Arbeitgeberverband unterstützt die Unternehmer ja, indem er mit dem

Gebiet herantritt, um die Arbeiter auszuhebeln oder zum Anfall zu zwingen. Die Unternehmer glauben ficherlich schon vor Wochen Sieger zu sein, aber die Stimmung der Hamburger Arbeiter ist noch immer gut, denn auch diese haben sämtliche Kollegen des Deutschen Reiches hinter sich und diese sind auch noch fernerhin bereit, die Mittel aufzubringen, um den Kampf nicht so ohne weiteres abbrechen zu lassen. Nach diesen Darlegungen des Streikleiters kam es nun zu reichlichen und lebhaften Diskussionen, aus denen hauptsächlich herausklang, den Kampf weiterzuführen und nicht früber nachzugeben, bis sich der Arbeitgeberverband auf Verhandlungen mit uns einläßt, um so auf diesem Wege eine Einigung herbeizuführen. Kollege Lange-Berlin, der die Stimmung der Hamburger Kollegen genau prüfte, sprach im Sinne der Vorredner; er ersuchte die ledigen Kollegen, sich nach andre Arbeit umzusehen, um so möglichst die Streikfasse zu entlasten. Ferner betonte er, daß der Kampf weitergeführt werden müsse, einerseits in der Presse, andererseits durch eine scharfe Wankontrolle. Kollege Peters-Berlin gab eine Unterbrechung zum besten, die er mit einem Herrn einer hiesigen Firma gepflogen hat. Aus der Mitteilung ging hervor, daß dieser Herr es darauf abgesehen hat, Unfrieden in unsre Reihen zu bringen. Um diesem Schwanz entgegenzutreten, ist es unsre doppelte Pflicht, scharfe Wankontrolle zu üben, um dadurch immer wieder die Wankbauwerke auf unsre Ausperrung aufmerksam zu machen. Viele Redner sprachen im selben Sinne und verlangten, im Kampfe auszuharren. Nur ein jüngerer Kollege meinte, man solle den Kampf abbrechen und berichten, wieder in die Betriebe hineinzufommen, um so das Verlorene wiederguerlangen; er stellte auch einen diesbezüglichen Antrag, der aber abgelehnt wurde. Angenommen wurde gegen eine Stimme ein Antrag, der besagte, im Kampfe auszuharren und die Kollegen verpflichtet, sich in andre Betrieben nach Arbeit umzusehen. Zur Aufrechterhaltung des Kampfes, sich an dem Festhalten zu beteiligen. Unter „Verständigen“ macht der Streikleiter Wolf noch bekannt, daß der Arbeiter Mar Kabe, der mit in der Lohnkommission war, die Sitzung beabsichtigt, die noch geheim bleiben sollten, den jüngeren Kollegen erzählte, um sie zu veranlassen, Arbeitswille zu werden. Als der Kommission dies zu Ohren kam, wurde er zu einer Sitzung eingeladen und in die Länge gerieben erklärte er, nicht mehr mitmachen zu wollen. Nach Erwidigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte um 9 1/2 Uhr Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Leipzig.** (Verdächtigt.) Die Adresse unsers Kassierers ist im vorigen Verzeichnis nicht richtig angegeben; sie lautet: St. Barthelomäus, Großhochacher-Windorf, Knauffgasse Nr. 55, 1. Et., L.

## Internationale Maurerbewegung. Österreich.

Auf unsern Wunsch sandte uns Kollege Franz Mader, der Redakteur des österreichischen Maurerorgans, folgenden Artikel für unsere Agitationsnummer:

Im nachstehenden soll die Entwicklung unsres Verbandes während der letzten fünf Jahre in den Hauptzügen geschildert werden. Wer die Ziffern genau betrachtet, wird sich sagen müssen, daß der sprunghafteste Entwicklung durch die wirtschaftliche Weltkrise, die eine Verminderung der Bautätigkeit zur Folge hatte, im Jahre 1908 ein Halt genommen wurde. In diesem Jahre trat der Rückgang auf der ganzen Linie zutage, während im Jahre 1907 davon nur die geringen Städte betroffen waren. Dies geht aus der Mitgliederbewegung und der Zahl der geleisteten Beiträge deutlich hervor.

Jahr	Beiträge	Mitglieder	Beiträge Kronen
1904	19846	14618	883581
1905	28728	28212	831595
1906	26522	37991	1168942
1907	20589	86274	1209010
1908	18811	80545	1084057

Die größte Zahl der Beitritte fällt in das Jahr 1905, die höchste Mitgliederzahl in das Jahr 1906 und die meisten Beiträge wurden im Jahre 1907 geleistet. Daraus ergibt sich, daß sich die Krise bereits im Jahre 1906 fühlbar machte, vorerst aber nur in den großen Städten, um sich im Jahre 1908 auf das ganze Reich auszudehnen, wodurch der Rückgang auf der ganzen Linie erklärlich wird. Allerdings darf der ganze Rückgang nicht auf die verminderte Bautätigkeit gewälzt werden; aber die Ursache war sie, und es ist bei einer so sprunghaften Entwicklung nicht anders zu erwarten, als daß die Dürreberger die Gelegenheit benutzen, um Neisatz zu nehmen. Dieser Rückgang braucht uns durchaus nicht trübe zu stimmen, weil sich jeder Kenner des Gewerkschaftslebens sage muß, daß es in dem rasenden Tempo nicht fürgehen kann und daß sich ein Rückschlag ficherlich auch ohne die wirtschaftliche Krise eingestellt hätte, nur wäre er vielleicht nicht so groß gewesen. Es waren eben die unsicheren Elemente, die dem Verband den Rücken fehrten. Der Mitgliederverlust wird gewiß wieder wettgemacht, wenn die Bautätigkeit eine beherrschende wird, wodurch sich die Agitationskraft erfahrungsgemäß von selbst steigert. Daß kein Grund zum Verzweifeln vorhanden ist, geht auch aus den Finanzen hervor.

Jahr	Gesamteinnahmen Kronen	Einnahmen der Zentrale Kronen	Rassendebit der Zentrale Kronen
1904	55470,51	39953,46	20568,62
1905	182130,84	121677,46	63935,45
1906	486406,62	156689,37	11254,19
1907	549392,77	386375,60	129797,10
1908	495315,66	368855,84	19025,06

Obwohl sich die Einnahmen der Zentrale im Jahre 1908 gegenüber 1907 um Kr. 27.619,76 verringerten, was sich aus der geringeren Anzahl Beitritte und Beiträge ergibt, ist der Kassendebit doch um Kr. 60.727,96 gestiegen. Diese Tatsache wirkt nach zwei Richtungen erfreulich. Erstens ist ein Vermögenzuwachs, an sich schon erfreulich und zweitens kann darin eine Festigung unsres Verbandes erblickt werden. Die Grundlagen werden solider,

sind nicht mehr so schwankend, und gerade darum braucht uns der Rückgang im Jahre 1908 keine besonderen Sorgen zu machen. Die Gefahren, die unsern Verbande drohen, liegen wo anders. Die Entwicklung der Unternehmerorganisationen, die sich besonders damit befassen, den Streikbruch zu organisieren, können uns weit gefährlicher werden als der eingetretene Mitgliederverlust. Wir werden in allen zu unternehmenden Aktionen, besonders bei der Lohnbewegung, sehr vorsichtig vorgehen müssen, wenn wir den drohenden Gefahren aus dem Wege gehen wollen.

Die Leistungen unsres Verbandes in finanzieller Beziehung zeigen die folgenden Zahlenreihen. Für Lohnbewegungen und Unterstüpfungen wurden ausgegeben:

Jahr	Lohnbewegung Kronen	Unterstüpfung Kronen
1904	4049,92	1291,—
1905	51185,72	10597,41
1906	442290,95	25513,59
1907	142224,68	81191,41
1908	142912,18	27398,92

Aus diesen Ziffern ist mit größter Deutlichkeit der Entwicklungsgang unsres Verbandes zu erkennen. So sprunghaft sich die Mitgliederzahl in den Jahren 1904 bis 1906 erhöhte, so rasch stiegen auch die Ausgaben für Lohnbewegungen und Unterstüpfungen. Die Mißverhältnisse für Lohnbewegung im Jahre 1906 ist auf die Ausperrung in Wien zurückzuführen. Die beiden folgenden Jahre weisen keine wesentliche Differenz in den Ausgaben für Lohnbewegung auf. Die grandiose Steigerung der Ausgaben für diese beiden Verbände wird uns erst so recht klar, wenn wir die dafür verausgabten Summen vom Jahre 1904 den folgenden gegenüberstellen. Mit vollem Recht kann gesagt werden, daß die Mitglieder nicht umsonst mehr einzahlen. Je mehr geleistet wird, desto mehr kann der Verband bieten.

Ob uns das laufende Jahr noch einen weiteren Rückgang bringen wird, oder ob wir den tiefsten Stand schon erreicht haben, das läßt sich natürlich nicht voraussetzen. Es ist sowohl das eine wie das andre möglich. Wahrscheinlich ist nur, daß, wenn wir wieder eine Aufwärtsbewegung haben, dieselbe nicht mehr so sprunghaft sein wird, wie in den Jahren 1904 bis 1906. Und darauf werden wir unsre Verbandspolitik einrichten müssen. Es hat sich deutlich genug gezeigt, daß Massenbeitritte allein nicht geeignet sind, die Grundlagen des Verbandes zu sichern und zu festigen. Das Richtiger ist, eine ständige Mitgliedschaft zu erzielen. Widen wir die Mitglieder zu denken, charakterfesten Menschen heranzubilden, dann ergeben sich die richtigen Agitatoren von selbst und wir werden dabei auch noch das Erreichen, daß in Zeiten flauerer Geschäftsganges die Zahl der Dürreberger keine nennenswerte Höhe erreicht. Denn wirklich überzeugte Mitglieder bleiben ihrer Organisation nicht nur in guten, sondern auch in schlechten Zeiten treu.

In schlechten Zeiten ist eine Organisation vielen Dingen ausgefetzt, die in guten Zeiten gar nicht in Betracht kommen. Nicht nur, daß viele Mitglieder weniger Mut haben, für ihren Verband zu wirken, es werden auch unsre Gegner frecher und angriffslustiger. Was in Zeiten flotten Geschäftsganges spielend zu überwinden ist, bereitet uns bei flauerer Bautätigkeit große, wenn nicht gar unüberwindliche Schwierigkeiten. Darüber müssen die Mitglieder so gründlich wie möglich aufgeklärt werden, daß die Sonne unsern Verband nicht immer gleichmäßig freundlich scheint, daß wir auch finstere Zeiten zu überleben haben, die unsern Vorwärtsstürmen eine Schranke ziehen. Angesichts des ungemein raschen Aufstufunges unsres Verbandes kann ruhig gesagt werden, daß der erlittene Verlust nicht übersehend ist. Die Entwicklung unsres Verbandes ist so, daß sie jedes denkende Mitglied mit frischem Mut und neuer Zuversicht erfüllt.

Eine traurige Zeit haben wir hinter uns, eine unbestimmte vor uns. Hat uns die Vergangenheit wenig anhaben können, so wird es die Zukunft noch weniger imstande sein, wenn wir die Mitglieder fleißig und gründlich aufklären und so sie zu dauernden Mitkämpfern für unsre gute und gerechte Sache erziehen. Gedulde dich mit dem nötigen Ernst und Gewissenhaftigkeit, dann wird unser Verband keinen weiteren Rückschlag, sondern wieder einen Aufstieg zu verzeichnen haben.

## Ungarn.

Wenn in einem Lande die durch das kapitalistische Produktionsystem geschaffenen Hindernisse für die Entwicklung der Bauarbeiterbewegung vorhanden waren, so war dies in Ungarn der Fall. Ja, hier vielleicht in weit größerem Maße als sonst irgendwo. In Betracht kommt hierbei besonders der Umstand, daß Ungarn ein Agrarland und daß darum im größeren Teile des Landes, in der Provinz, die primitive Baumethode üblich ist. Ein wesentlicher Teil der ungarländischen Bauarbeiterfahrgänge rekrutiert sich aus den Landarbeiterfamilien, bezw. aus den Feldarbeitern, die das Bauhandwerk bloß als Nebenbeschäftigung betreiben, während sie im Sommer als Erntearbeiter Beschäftigung nehmen.

Wenn man dazu das vollständige Fehlen des Wohnbaufens, aber auch das niedrige Kulturniveau der ungarländischen Bauarbeiterfahrgänge in Betracht zieht, so ist es nicht zu verwundern, wenn im weit überwiegenden Teile des Landes bis zum Jahre 1903 die Arbeit am Bau von 4 Uhr morgens — mit der Unterbrechung von zwei Stunden als Frühstück- und Mittagspausen — bis 8 Uhr abends währte. Dieser vierzehnstündigen Arbeitszeit gegenüber schwankte der Tagelohn zwischen 1 Krone 60 Heller und 3 Kronen (1 Krone gleich 80 A.). Die ersten wesentlicheren Anfänge der modernen marxistischen Organisationsbewegung trafen in den größeren Städten des Landes — 29 an der Zahl — auf den Bauten eine zwischen 10 1/2 und 18 Stunden schwankende Arbeitszeit an. Die Arbeitslöhne waren in den Städten verhältnismäßig besser als in den Gemeinden; aber selbst in den Städten stieg der Tagelohn nicht über vier Kronen. Nach den statistischen Daten, die wir über die bauerwerblichen Verhältnisse von 216 Orten eingemeldet haben, betrug im Jahre 1903 die durchschnittliche Arbeitszeit im Baugewerbe 12 1/2 Stunden pro Tag, während der durchschnittliche Arbeitslohn 21 Heller pro Stunde betrug.

Der Landesverband der Bauarbeiter Ungarns wurde im Jahre 1903 gegründet, gerade zu der Zeit, wo die wirtschaftliche Lage der Bauarbeiterfahrgänge schon äußerst verzweiflungsvoll war. Die Errichtung von Verbändszentralen wurde allorts als Erlösung begrüßt. Die in langer Unterdrückung angehäufte Bitternis kam bei der Bauarbeiterfahrgänge mit elementarer Gewalt zum Ausbruch, so daß der Konstituierung der Verbändszentralen überall sofort auch ein Streit auf dem Fuße folgte.

Nach dem Bericht des staatlichen statistischen Amtes gab es gelegentlich der Volkszählung im Jahre 1900 in Ungarn 52.700 Maurer, wovon 26.478 an den abgelaufenen Streiks beteiligt waren. Die meisten wirtschaftlichen Streiks spielten sich in den Jahren 1903 bis 1906 ab. Die Streikunterstützung war im allgemeinen bloß die Begeisterung; denn aus den Verbändsbeiträgen darf auch heute noch kein Heller für Streikzwecke verwendet werden. Außer dem legalen Beiträge leisteten jedoch die Mitglieder der Organisation nur einen solch geringen Beitrag, daß daraus eine regelmäßige ordentliche Streikunterstützung nicht geboten werden konnte. Die wirtschaftlichen Kämpfe währten durchschnittlich 20 bis 26 Tage.

Der Verband errichtete in den Jahren 1903 bis 1907 287 Filialvereine, wovon sich in dem bezeichneten Zeitraum 216 Orte mit 26.456 Arbeitern an der Bewegung beteiligten. Die Bauarbeiter führten ihre wirtschaftlichen Kämpfe zum Teil aus eigener Kraft, d. h. durch geheime Sammlungen (engere Kollekte), zum Teil mit Hilfe anderer Branchen, und so waren sie — mit der Unterstüpfung von den ausländischen Bruderverorganisationen — imstande, 334.546 Kronen für ihre Streiks zu verausgaben. Was die Bauarbeiterfahrgänge durch ihre anfänglichen fieberhaften Streiks erzielte, kann in folgendem zusammengefaßt werden: Die tägliche Arbeitszeit der Bauarbeiter beträgt heute in fünf Städten neun Stunden, in der Hauptstadt Budapest und in 16 größeren Städten neunehnhalf Stunden, in 115 Gemeinden zehn Stunden, in 47 Gemeinden zehneinhalf Stunden, in zehn Gemeinden elf Stunden und in 18 Gemeinden zwölf Stunden; die Arbeitszeit der übrigen Orte ist unbekannt. Während die Bauarbeiter im Jahre 1903 — wie bereits erwähnt — durchschnittlich 12 1/2 Stunden pro Tag arbeiteten, sank der Durchschnitt durch das Wirken der Organisation bis heute auf 10 1/2 Stunden. Und wie bereits gesagt, betrug der durchschnittliche Arbeitslohn im Jahre 1903 — 21 Heller pro Stunde, welcher Durchschnitt bis heute auf 38 Heller gestiegen ist.

Diese Ergebnisse haben natürlich auch die Klasse der Arbeitgeber im Baugewerbe nicht unberührt gelassen. Auch die Arbeitgeber organisierten sich ziemlich rasch über das ganze Land so wie die Arbeiter. Anfangs 1907 nahm der Arbeitgeberverband seine Tätigkeit auf, die dahin zielte, sämtliche im ganzen Lande bestehenden Kollektivverträge — ungefähr 200 an der Zahl — zu lösen; sie wurden auch gelöst, und der Arbeitgeberverband sprach auch beschlußweise aus, in Zukunft mit den Bauarbeitern prinzipiell keinen Kollektivvertrag mehr abzuschließen, sondern nur auf Grund von „Individual-“ oder „Eingelverträgen“ Arbeiter zu beschäftigen. Im Sinne dieses „Individual-Vertrages“ muß der Maurer um einen festgesetzten Lohn 90 bis 100 Ziegel pro Stunde vermauern, während der Unternehmer bei einer Mindeleistung berechtigt ist, den Lohn entsprechend zu reduzieren. Auch bei den andern Baubranchen steht der „Individual-Vertrag“ die Minimalarbeitsleistung fest, ihre Einhaltung ist natürlich unmöglich, wie auch die Unternehmer nicht imstande sind, auf diesem Gebiete Kontrolle zu üben.

Die im Verband organisierten Bauarbeiter, die bisher nur mit dem Siege vertraut waren, wurden durch die erfolgreiche Anwendung des „Individual-Vertrages“ in ihrer Solidariät ein wenig erschüttert, so daß der Verband von seinen 25.000 Mitgliedern bis zum heutigen Tage 8000 verlor, die seitens der Unternehmer mit Hilfe der Verwaltungsbehörden im wahren Sinne des Wortes aus dem Verbande herausverfolgt heraustratortiert wurden. Unter dem Titel „Aufwiegelung zum Streit“ haben die Verwaltungsbehörden von den 287 Verbändszentralen bisher 78 suspendiert und aufgelöst. Die Mitglieder dieser Filialvereine wurden bestraft und eingeschüchtert; und jene Bauarbeiter, die fern von jeder Kultur, von der Idee des Sozialismus noch nicht vollkommen durchdrungen waren, wagen es jetzt — befreilicherweise — nicht mehr, im Interesse der Bewegung so frei zu wirken, wie sie das bisher getan hatten.

In unserm Organisationsleben machte sich die Notwendigkeit einer starken zentralen Streikfasse zur Unterstüpfung unsres Streiks, Boykotts sowie der Ausgeperrten, immer fühlbarer, und im Frühjahr 1907 gingen wir auch an die Schaffung einer solchen. Durch die massenhaften Ausperrungen aber wurde diese Widerstandsfasse in der Zahlungsfähigkeit getrieben, ehe sie sich noch hätte entwickeln können. Im Frühjahr 1909 mußte die Landesstreikfasse aufgelöst und die materielle Unterstüpfung der ausbrechenden Lohnkämpfe den Lokalorganisationen anvertraut werden. Zur Unterstüpfung der Streiks leisten die Mitglieder der verschiedenen Lokalorganisationen verschiedenartige Wochenbeiträge, bei den kleineren Organisationen 10 Heller, bei den größeren 20 bis 30 Heller. Die für den Streikfonds eingeleiteten Gelder werden durch die Zentralorganisation verwaltet und können von den einzelnen Lokalorganisationen nur je nach der Höhe ihrer Einlage verwendet werden. Aus diesem kleinen Rahmen heraus muß sich später natürlich wieder eine zentralisierte Streikfasse entwickeln.

Als wichtiger Faktor in der ungarländischen Bauarbeiterbewegung muß noch das Fachblatt „der Bauarbeiter“ („Epsitbankás“) erwähnt werden; der Bauarbeiter erscheint wöchentlich in ungarischer Sprache in 11.000, in deutscher Sprache in 4000 Exemplaren. Dies Blatt verfiel unter den Bauarbeitern die große Arbeit der Auffklärung auch an jenen Stellen des Landes, wo das Erscheinen eines lebendigen Agitatoren durch die berechtigten Verhältnisse der ungarischen Behörden unmöglich gemacht ist.

Der statutarische Verbandsbeitrag beträgt 30 Heller pro Woche, der von den Mitgliedern durch 40 Wochen im Jahre zu leisten ist. Da vom Verbandsbeitrag — wie bereits erwähnt — für wirtschaftliche Bewegungen, das heißt, für Streiks, Boykotts usw., nichts verausgabt werden darf, mußten anderweitige Unterstüpfungen festgesetzt werden; namentlich eine Sterbeunterstüpfung von Kr. 50 bis Kr. 140 beim Tode des Mitgliedes, von Kr. 80

bis Kr. 100 beim Tode der Frau des Mitgliedes, Kr. 5 bis Kr. 40 beim Tode von Kindern des Mitgliedes; bei einer Krankheitsdauer von über 20 Wochen erhält das Mitglied je nach Wochen lang Kr. 7 pro Woche; nach zehnjähriger Mitgliedschaft erhält das Mitglied im Falle vollkommener Invalidität eine entsprechende Lebensrente. Letztere Unterstützung bezieht der Verband bis jetzt noch nicht; zum diesbezüglichen Fonds aber hat er bereits Kr. 400 000 gesammelt, und zwecks besserer Ausnutzung dieses Kapitals hat er der Verband in dem Bau eines Zinspalais, das in Budapest bereits im Bau begriffen ist, angelegt. Wenn der Verband sein zehnjähriges Bestehen feiern wird, dann wird die Generalversammlung auch die Details der Invalidenunterstützung festlegen.

Auch die jetzige wirtschaftliche Krise, die sich in ganz Europa fühlbar machte, hat wesentlich dazu beigetragen, daß unser Verband eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern verlor; hoffentlich aber nimmt die Krise bald ein Ende, und die 16 000 Mitglieder, die selbst in der Zeit der schwersten Prüfung treu und unerschütterlich zum Verband gehalten haben, werden gewiß neuerdings zur Mitarbeit ausziehen und die Organisation bald wieder restaurieren — zum Wohle der Gesamtarbeiterschaft.

Seit der Begründung des Verbandes weisen die Rechnungsabschlüsse der einzelnen Jahre folgende Einnahmen auf: Im Jahre 1903: Kr. 29 140, 1904: Kr. 77 929, 1905: Kr. 158 074, 1906: Kr. 217 188, 1907: Kr. 163 339 und 1908: Kr. 121 594. So steht die ungarländische Bauarbeiterbewegung am Anfange des Jahres 1909 aus. In obigen Zeilen wollten wir der internationalen Bauarbeiterbewegung mit Auffklärung dienen; um selbst aber soll es ein Wegweiser, ein Ansporn sein, um unentwegt Weiterarbeiten im Interesse der Bewegung. Wir hoffen auch, in kurzer Zeit günstigerer Resultate als die bisherigen aufweisen zu können. Alexander Garbei.

## Zentralfrankenkasse. (Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 25. April bis 1. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der britischen Vermoethung in Garburg a. d. E. M. 500, Steglitz 300, Groß-Lichterfelde 200, Mühlenbeck 200, Segeberg 170, Schweinitz a. d. E. 150, Herbsleben 150, Genthin 100, Dessau 100, Biederitz 100, Zäckeritz 100, Strasburg i. d. N. 100, Plauen i. B. 60, Richterade 60. Summa M. 2290.

Zufüsse erhielten: Walldorf M. 300, Danzig 200, Gagen i. B. 150, Frechenbach 150, Güttraw 100, Wefensleben 100, Stammheim 100, Leisitz 100, Eichenburg 100, Brezgenheim 100, Memel 100, Karlsruhe i. B. 100, Torgelow 75, Dudow 60, Götzke 60, Weglar 50. Summa M. 1845.

Altona, den 3. Mai 1909.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorkommnissen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an **„Der Grundstein“** zu senden.

**Ebingen.** Am 23. April war ein Kollege auf dem Neubau von Groß & Söhne in einer Grube beschäftigt. Ein Hilfsarbeiter fuhr mit Steinen über die Grube. Dabei fiel ihm die Starre um und traf den unten arbeitenden Kollegen. Mit schweren Verletzungen an Kopf und Rücken wurde er ins Krankenhaus gebracht.

**Frankenberg i. S.** Beim Abladen von Zement rutschte ein zu diesem Zweck angelegter Miegel vom Wagen ab, dadurch glitt eine Tonne herunter und traf den Kollegen Nothe, der dabei einen Weinbruch erlitt. Wäre der Miegel genügend besetzt gewesen, dann hätte der Unfall nicht passieren können.

**Kappeln a. d. Schlei.** Am 19. April, 8 bis 9 Uhr, stürzte in dem vom Bauunternehmer Epphosen aus Kappelnholz in Melsby ausgeführten Neubau eine Betonbede ein, wobei zwei Maurer und ein Bauhilfsarbeiter in den Keller stürzten. Der Bauhilfsarbeiter Thomsen und der Maurer Jensen kamen mit dem Schreck davon, aber der Kollege E. Jürgensen fiel so unglücklich, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Arzt konnte die Verletzungen noch nicht feststellen, ist aber der Meinung, daß Jürgensen das Rückgrat gebrochen hat. Wer die Schuld an dem Einsturz der Bede trägt, ist noch nicht festgestellt. Nach unserm Ermessen ist die Betonmischung zu mager gewesen und die Spannung der Dedn zu weit.

**Mainz.** In Kostheim fiel unser Kollege Friedrich Krentel am 25. April einem mehrfach betrüblichen Unfall zum Opfer. Er war in einer Zellulosefabrik beschäftigt und schlug dort von einem Bohrer ab, als er auf die Barriere schlugen war, um das Seil des Materialaufzuges in Ordnung zu bringen. Er hatte dazwischen schwere Verletzungen erlitten, daß er am selben Abend gestorben ist. Sein Tod ist die Folge mangelnder Schutzvorrichtungen. An der Unfallstelle wies die das Bohrer einfrühende Barriere eine Wunde auf, weil dort der Aufzug ging. Man hätte sich damit begnügt, die Lücke durch ein vorgezogenes Brett zu schließen. Auf dies Brett war Krentel aufgetreten, um das Seil ins Rad zu legen. Das Brett löste sich und die Folge war der Abwurf. Gleich nach dem Unglück hat die Direktion die Schutzvorrichtung nach Vorchrift herstellen lassen. Er war verheiratet und Vater von fünf unermwachsenen Kindern.

**Perleberg.** Am 30. April ereignete sich hier wieder ein schweres Baumglück, indem der Zimmermann Bösch aus Baek beim Richten eines Wohnhauses abstürzte und von einem nachstürzenden Balken so schwer getroffen

wurde, daß er nach kurzer Zeit eine Leiche war. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden, um festzustellen, wen die Schuld an diesem schweren Unglück trifft. Ob genügend abgedeckt war, konnte bisher nicht festgestellt werden. Jedenfalls ist wohl nicht alles in Ordnung gewesen, wie es hier in der letzten Zeit üblich ist.

**Der Wohnungsmarkt in Dresden.** Durch die jetzt veröffentlichten Ergebnisse einer am 12. Oktober aufgenommenen Wohnungsmarktstatistik in Dresden ist eine scharfe Wohnungsnot festgestellt worden. Von insgesamt 137 069 erfassten Wohnungen fanden leer 8517 oder 6,27 pZt. Trotz der im Laufe der letzten Jahre neuzugekommenen Wohnungen hat sich die Zahl der leerstehenden stark vermehrt; sie betrug im Jahre 1904 total 9608 oder 7,34 pZt., im Jahre 1907 5179. Seit 1904 haben sich also die leerstehenden Wohnungen um fast 5 pZt. vermehrt. Der jetzige Wohnungsmangel besteht hauptsächlich in den Arbeiterquartieren, während in den Villenbereichen sowie in dem den Geschäftswelt beherbergenden Stadtkern ein reichlicher Ueberfluß an Wohnungen vorhanden ist.

**Submissionen.** Um die Erds- und Böschungsarbeiten bei einer Veränderung an der Bahnstrecke Hannover - Lüneburg zu bewerkstelligen sind 18 Firmen. Plinke-Hannover blieb mit M. 9018 Mindestforderer, während H. Spring - Braunschweig als Höchstler M. 20 137 forterte.

Richtig wurden die Maurerarbeiten (Arbeitslohn) zum Erweiterungsbau des Bahnhofsgebäudes am Raschplatz in Hannover zur Submission ausgeschrieben. Dabei forderte die Firma Grastorff-Hannover M. 38 939, die Firma Schürder-Schäfer in Hainfeld M. 73 758.

Am 7. April hatte die Eisenbahndirektion in Hannover für die Umgestaltung der Bahnanlagen zwischen Bechte und Wankorf die Ausführung der Entwässerungsanlagen und der Oberbauarbeiten auf dem Bahnhofs- und Bechte-Fischerhof, bei teilweiser Lieferung der Materialien, im Wege der öffentlichen Submission ausgeschrieben. Die Verbindung zeitige nahezu ungläubliche Differenzen. Es forderten: John Reminsky-Magdeburg M. 71 257,50, Louis Schwarz-Stiel M. 114 100, Gebrüder Götterhoff-Galen i. B. M. 118 884, Wog Müller-Hannover M. 126 682, B. Steinweg-Hannover-Linden M. 127 380,25, Julius Berger-Bromberg M. 140 615, Karl Erdmann-Ringelheim M. 142 152, Vangelshausen-Widderloh-Hannover M. 152 455,50, Georg Pfister-Hannover M. 156 231, Otto Ringelheim-Halle a. d. E. M. 156 390,50, S. Fiedler-Hannover M. 159 311, Robert Grastorff-Stassel M. 160 627,50, Ernst Meyer-Magdeburg M. 164 070, Fern. Hartung-Braunschweig M. 171 135, Niedermeyer & Söhne-Gleitsen M. 221 520, Fr. Deutlich-Hannover M. 313 247,50. Die Differenz zwischen dem Niedrigst- und dem Höchstgebot beträgt demnach M. 241 990.

Bei der Vergabe von vier Beamtenstellen in Bischofsheim a. M. gingen insgesamt 13 Angebote ein; das höchste von Gebrüder Meres-Waizig mit M. 42 955,54, das niedrigste von Valentin Zug & Sohn-Hofheim mit M. 21 118,80. Die Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Gebot beträgt M. 21 836,74 = 51 pZt. Kommentar überflüssig.

## Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“, Heft 31, Verlag von Paul Singer, Stuttgart, Preis 25 A.

## Briefkasten.

**G. Vornlader-Brooklynu.** Es ist uns natürlich sehr angenehm, wenn wir etwas von drüben vernommen können. Leider erfahren wir nicht viel; um so mehr denken wir Dir für Deine Zuschrift. Freundlichen Gruß!

**Marienwerder.** Das Geld für Anzeigen kann mit dem Verbandsgeldern eingekassiert werden. Der Preis für die Sterbeanzeige beträgt für die Zeile 15 A. Das ist doch auch in jeder Nummer angegeben.

**Writz.** Ihr dürft das Leuten von „Preisblatt“ nicht ablehnen, sie können nicht anders, denn der Inhalt ihres Blattes wird von andern Leuten bestimmt. Man muß eher Mitleid mit solch armen Preisblattredakteur haben, der alles, was von einflußreicher Seite beliebt wird, mit seinem unschuldigen Namen decken muß, nur um sich sein Brot zu erhalten. Es gilt auch hier: Alles verstehen, heißt alles verstehen.

**Crenzburg.** Wir haben den zweiten Teil des Berichts fortgesetzt. Schlichte die Angelegenheit unter Euch.

**Remberg oder Remberg?** Ein Bericht von dort ohne Stempel und ohne Angabe des Zweigvereins ist nicht aufgenommen worden.

## Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Bezirksvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

## Nolandsbrüder!

Unser Verkehrslokal befindet sich: **Wenigen-Jena im Restaurant „Solidarität“.** [M. 1,80] Die fremden Nolandsbrüder zu Jena.

**Franz Kudajewski,** geboren zu Strasburg in Westpreußen, wird von seiner Frau ersucht, seine Adresse anzugeben. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem **Zweigverein Tondern** Mitteilung zu machen. [M. 1,50]

**Max Gulde,** Dein Bruder bittet um Deine Adresse. [60 A.] A. Gulde, Bismarckstr. 6, Ostlag.

## Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 A.)

**Amstam.** Am 26. April starb unser treuer Verbandskollege **Rudolf Gränig** im Alter von 81 Jahren an Lungenerkrankung.

**Beitz i. B.** Am 25. April starb unser treuer Verbandskollege **Gustav Henow** im Alter von 43 Jahren an Lungenschwindsucht.

**Berlin.** Charlottenburg. Am 26. April starb unser langjähriger Verbandsmitglied **Hermann Theuergarten** an Lungenerkrankung.

**Cöln.** Am 24. April starb plötzlich das Mitglied **August Bonner** von F o r s b a c h 5. Hofnungsloos im Alter von 42 Jahren an Gehirnschlag.

**Essen.** Am 23. April starb unser Verbandskollege **Franz Denecke** an Lungenerkrankung.

**Eintr.** Am 1. Mai starb unser Kollege **Heinrich Meier** im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.

**Hort i. d. Lauff.** Am 30. April starb unser treuer Verbandskollege **Alois Wotke** im Alter von 41 Jahren an Lungenschwindsucht.

**Hannover.** Am 28. April starb nach kurzem Leiden unser Kollege **Karl Hesse** im Alter von 59 Jahren an Nierenanomalien.

**Leipzig.** Am 23. April starb unser langjähriger Verbandskollege **Friedrich Meyer** im Alter von 30 Jahren an Lungenerkrankung.

Am 23. April starb unser langjähriger Verbandskollege **Karl Haschke** im Alter von 81 Jahren an Lungenerkrankung.

**Magdeburg.** Am 25. April starb der Verbandskollege **Heinrich Rosenburg** im Alter von 53 Jahren an Nervenleiden.

**Mainz.** Am 25. April starb unser Kollege **Heinrich Hammer** aus Wubenheim im Alter von 36 Jahren an Lungenerkrankung.

**Marienwerder.** Am 24. April starb unser Kollege **Franz Schwenzfeger** aus E l b i n g im Alter von 33 Jahren.

**Neustettin.** Am 28. April starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Karl Rosenow** im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung.

**Norhausen.** Am 22. April starb nach längerem Leiden unser treuer Kollege **Karl Hattenhauer** im Alter von 42 Jahren an Lungenerkrankung und Herzkrankheiten.

**Posen.** Am 23. April starb nach schwerem Leiden in St. h m unser Mitglied **Hyronimus Fiedler** im Alter von 41 Jahren an Magen- und Darmkrankheiten.

**Schneverdingen.** Am 25. April starb unser Mitglied **Robert Goldammer** im Alter von 25 Jahren an Bauchfellentzündung.

**Schwabau.** Am 28. April starb unser Verbandskollege **Wilhelm Heu** im Alter von 50 Jahren.

**Strasburg i. El.** Am 25. April starb nach längerem Leiden unser langjähriger Verbandskollege **Jakob Kammerer** im Alter von 42 Jahren.

**Writzen.** Am 1. Mai starb unser treuer Kollege **Gottlieb Jagdmann** im Alter von 74 Jahren an Magenleiden.

**Zittau.** Am 29. April starb plötzlich unser Verbandskollege **August Mann** aus O l b e r s d o r f.

Ehre ihrem Andenken!

## Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorhändler, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Vereinsunterkunft wird angegeben bei.)  
**Leipzig.** L bei Herrn August Jäken in Leipzig.  
**Lützenau.** V. Hermann Ginz, Medlinstr. 160.  
**Neustettin.** K. Otto Wischniewski, Neustettin, Brauerstr. 6.  
**Netzeren.** K. G. Tiedeman, Kl. Sand Nr. 57.

## Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

**Sonnabend, den 8. Mai.**  
Abends 8 Uhr. L. O.: Was ist eines Hilfskassierers. Verschiedenes.  
**Königsliutter.** Abends 8 1/2 Uhr im „Waldhof zum Stern.“ Wichtige Tagesordnung.  
**Wasungen.** Abends 8 1/2 Uhr im „Waldhof zum Stern.“ Wichtige Tagesordnung.

### Sonntag, den 9. Mai.

**Belzig.** Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.  
**Croppenstedt.** Nachm. 3 Uhr bei Herrn Witte. L. O.: Verbandsbuch. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.  
**Deilitzsch.** Nachm. 3 Uhr im „Ständehof“.

**Frankenhausen (Kyffh.).** Nachm. 3 1/2 Uhr im „Barbarossagarten“.

### Dienstag, den 11. Mai.

**Gunnorsdorf i. Riesaengeb.** In der „Anbrechtschenke“. Bücher sind mitzubringen.  
**Schmölln.** Nachm. 6 Uhr im „Ständehof“.

### Sonntag, den 16. Mai.

**Ingelheim.** Nachm. 4 Uhr bei Ewald Böhm in Ober-Ingelheim.  
**Langenwelzendorf.** Nachm. 4 Uhr bei Wittwe Sporn.  
**Salzgitter a. H. und Liebenburg.** Nachm. 3 1/2 Uhr bei H. Rattenmann.  
**Werder a. d. H.** Nachm. 3 1/2 Uhr bei Koch.